

Kurzfassungen der Referate in Sektionen

Sektion I

Afrika im wissenschaftlichen Blick.

Disziplinen, Konjunkturen, Strukturen

Leitung: *Holger Stoecker, Berlin* und *Felix Brahm, Hamburg*

In der Auseinandersetzung mit den Wissenschaften im kolonialen Kontext ist die Frage von zentraler Bedeutung, wie das Verhältnis zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten in die Wissenschaft hineingewirkt hat und welche Konzepte von Alterität mit Blick auf eine andere Weltregion von Wissenschaftlern entworfen wurden. Diese Frage verlangt auch eine Analyse kolonialer Arbeitssituationen. Wie schwierig es jedoch oftmals ist, diese genauer zu untersuchen, zeigt Christine Stelzig im Kontext des ethnographischen Sammelns ab den 1870er Jahren, da vor dem Hintergrund eines positivistischen Wissenschaftsverständnisses die Umstände des Sammelns und der Sammler in der Dokumentation oft im Dunkeln blieben, wodurch heute die große Schwierigkeit erwächst, Sammlungsumstände und Selbstverständnis des Sammlers zu rekonstruieren.

Die Asymmetrie zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten wurde auch maßgeblich von Wissenschaftlern konstruiert, wobei im Kontext eines biologistischen Paradigmas in den Wissenschaften der wissenschaftliche Rassismus hier eine besonders verheerende Rolle spielte. Wie Udo Mischek herausstellen wird, bildete das Medium der Photographie ein Instrumentarium zur Vermittlung eines Konzeptes „rassischer“ Ungleichheit. Damit tut sich ein weitere Grundfrage auf, nämlich nach einer Verkoppelung rassistischer und kolonialer Konzepte von Ungleichheit in ihrer Konzeption und Anwendung auf Afrika und auf Europa.

Diese Vorträge zeigen bereits, dass Wissenschaftsgeschichte nicht nur über eine Ideengeschichte erschlossen werden kann, sondern dass das institutionelle und soziale Umfeld sowie technische Instrumentarien zu berücksichtigen sind. Die beiden Vorträge von Holger Stoecker und Felix Brahm werden den wissenschaftspolitischen und institutionellen Kontext in den Vordergrund rücken, wobei sich insbesondere Fragen nach Konjunkturen sowie nach Kontinuitäten und Zäsuren im Kontext des Kriegsendes 1945 sowie der rasanten Dekolonisation Afrikas um 1960 stellen. Holger Stoecker wird die staatliche Förderung durch die Notgemeinschaft bzw. die Deutsche Forschungsgemeinschaft vor und nach 1945 fokussieren. Im Blickpunkt steht hier die Tatsache, dass die Afrikaforschung seit Ende der 1930er Jahre unter maßgeblicher Mitwirkung der staatlichen und parteiamtlichen Wissenschafts- und Förderpolitik zur anwendungsorientierten Planungs- und Verfügungswissenschaft für den kolonialen Raum avancierte. Da noch in den 1950er Jahren so manche mit DFG-Unterstützung erschienenen Publikationen auf Forschungsprojekten aus den Jahren vor 1945 basierten, stellt sich konkret die Frage nach Kontinuität und/oder Bruch in der Afrikaforschung. Felix Brahm wird am Beispiel des Standortes Hamburg die spezifische Situation der politischen Diskreditierung der Kolonial- und Auslandswissenschaften an der Universität nach 1945 thematisieren, in deren Zuge sich eine anwendungsbezogene, insbesondere an wirtschaftlichen Fragen orientierte Afrikawissenschaft außerhalb der Universität institutionalisieren konnte. Die Kritik der 68-er Bewegung wird den zeitlichen Rahmen der Sektion schließen.

Christine Stelzig, Frankfurt a.M.

... denn sie wissen nicht, was sie tun?

Ethnographisches Sammeln in Kamerun während der Kolonialzeit

Blättert man durch Ausstellungskataloge oder Führer durch die Afrika-Abteilungen völkerkundlicher Museen, so fällt das eklatante Missverhältnis zwischen den Angaben zu den Objekten selbst und denen zur Person ihrer Primär-Sammler auf. Damit sind die Menschen

gemeint, die die Gegenstände vornehmlich während der "klassischen Zeit" des ethnographischen Sammelns zwischen ca. 1870 und 1920 unmittelbar in Afrika zusammentrugen. Die Angaben beschränken sich zumeist auf den Namen des Sammlers und das ungefähre oder exakte Jahr des Sammelns bzw. Eingangs des Objekts in die Museumssammlung oder aber sie werden überhaupt nicht genannt. Es scheint, als ob Ethnographica förmlich aus dem Nichts in die Museen der westlichen Metropolen gelangt seien: Die Person des Sammlers verschwindet nahezu vollständig hinter dem Objekt und wird damit in gewisser Weise zu einem Schicksal ähnlich dem von dessen Schöpfer verurteilt, der ja in den meisten Fällen namentlich nicht bekannt ist. Dieses Missverhältnis liegt in den Prioritäten der jeweiligen Ausstellungs- und Museumskuratoren begründet, die das Objekt, seine Ausstrahlung und seinen einstigen sozio-kulturellen Kontext, nicht aber den Sammler oder gar die Erwerbsumstände in den Vordergrund stellen wollen. Gerade letzteres stellt oftmals noch immer ein "heißes Eisen" in der Aufarbeitung der Vergangenheit der jeweiligen Museumsgeschichte und der heutigen Auseinandersetzung zwischen ehemals Kolonisierenden und Kolonisierten dar, wie z.B. die gelegentlich aufflammende Diskussion um die juristische Bewertung der Aneignung der Benin-Bronzen durch britische Truppen im Jahr 1897 und die Rechtmäßigkeit ihres Verbleibes in den westlichen Museen zeigt. Vielfach hängt es auch mit dem Umstand zusammen, dass die museale Dokumentation zur frühen Sammlungsgeschichte von Ethnographica oftmals äußerst dürftig oder gar nicht vorhanden und die Quellenlage hinsichtlich vieler Sammlerbiographien nicht eben üppig ist. Entsprechende Forschung gestaltet sich somit mühselig und zeitraubend, kurz, sie scheint den Aufwand nicht wert. Hinsichtlich der deutschen Sammeltätigkeit in Afrika im 19. und frühen 20. Jahrhundert ist dieses Desinteresse an Primär-Sammlern jedoch bedauerlich, da nicht einmal diejenigen genügend Aufmerksamkeit auf sich lenken konnten, die aufgrund ihres militärischen Hintergrundes, vorliegender Autographen und Publikationen biographisch durchaus zu erfassen sind. Der Vortrag geht am Beispiel des Kolonialbeamten Hans Glauning (1868-1908) und seiner Sammeltätigkeit für deutsche Völkerkundemuseen diesem Aspekt nach und hinterfragt dabei besonders Glaunings Rolle bei der "Schenkung" des Thrones von König Njoya aus Bamum, Mandu Yenu, an Kaiser Wilhelm II. Der berühmte Thron befindet sich heute in der Sammlung des Ethnologischen Museums in Berlin.

Udo Mischek, Göttingen

Nordische Europäer – hamitische Afrikaner: Die Konstruktion von Ungleichheit in Europa und Afrika

In den Wissenschaften Ethnologie und Anthropologie lässt sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine vermehrtes Interesse an Forschungsansätzen beobachten, die kulturelle Entwicklungen mit einem bestimmten äußeren Erscheinungsbild der Menschen als Träger dieser Kultur in Verbindung brachten. Hierbei wurde in beiden Kontexten (Afrika und Europa) von unterschiedlichen Autoren darauf verwiesen, dass wichtige Impulse zu einer Weiterentwicklung der Kultur nur von bestimmten, ausgewählten Völkern ausgehen würden. Diesen Kulturträgern waren bestimmte „rassische“ Eigenschaften zugewiesen, die sie von anderen Bewohnern unterscheidbar machen sollte.

Bei der Vermittlung dieses Konzeptes, das in der internationalen scientific community diskutiert wurde, spielt die visuelle Vermittlung dieses vermeintlichen Tatbestandes eine herausragende Rolle. Daher wurden auch immer häufiger Photographien herangezogen um diese These zu belegen.

Ein Vergleich von kolonialen Photographien aus Ostafrika und Photos aus Europa soll die gemeinsamen Grundlagen eines „Ungleichheitsdiskurses“ aufdecken, der als universalhistorischer Ansatz herangezogen wurde, um kulturelle Dynamiken zu erklären. Waren nach dieser Lesart in Afrika die „Hamiten“ diejenigen, die als Kulturbringer in Frage kamen, so übernahm diese Rolle in Europa der „Nordische Mensch“.

Arbeiten des anthropologischen Autodidakten Hans F. K. Günther (1891-1968), sowie Photographien aus ethnologischen Museumsarchiven sollen die These belegen, dass das Konzept „Rasse“ und seine Visualisierung im Photo eine Möglichkeit war, die unübersichtliche Realität zu ordnen. War dies in Europa durch die aus den Fugen geratene politische Welt nach dem 1. Weltkrieg notwendig geworden, so musste in Afrika die unüberschaubare Vielfalt an Kulturen in ein Ordnungsschema gepresst werden.

Das Ergebnis dieses (populär)wissenschaftlichen Diskurses war eine Normierung und Hierarchisierung von Menschen und eine wissenschaftliche Deutung im Rahmen einer Ideologie der Ungleichheit, die sowohl in Europa als auch in Afrika zu katastrophalen Folgen führte.

Holger Stoecker, Berlin

Die deutsche Afrikaforschung im Spiegel ihrer Förderung durch die Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft vor und nach 1945

Die akademische Etablierung der Afrikaforschung an deutschen Universitäten begann Anfang der 1920er Jahre mit der Einrichtung eigener Lehrstühle in Hamburg und in Berlin. Die Leitdisziplinen waren Linguistik (die Afrikanistik im engeren Sinne) und Völkerkunde. Die Afrikaforschung in Deutschland rekrutierte sich personell und ideell aus verschiedenartigen Quellen: aus Kolonialinstituten, aus Museums- und Bibliotheksabteilungen sowie aus wissenschaftlichen und Missionsgesellschaften, die netzwerkartig eine dezentrale afrikanistische scientific community bildeten.

Zur übergreifenden Förderinstanz für etablierte und "freie" Afrika-Wissenschaftler avancierte bald die 1920 gegründete "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft". Zumindest bis 1933 übernahm ihr „Fachausschuss für Völkerkunde“ auf dem afrikanistischen Wissenschaftsfeld de facto eine wissenschaftspolitische Lenkungsfunktion. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung kam das System der wissenschaftlichen Selbstverwaltung zu einem Ende. Die Afrikawissenschaften wurden nun mehr und mehr gesteuert vom 1937 errichteten Reichsforschungsrat. In der Hochphase der nationalsozialistischen Kolonialplanungen Ende der 1930er / Anfang der 1940er Jahre kam es zu einem Boom der Afrikaforschung in Deutschland. Die Afrikawissenschaften avancierten zur anwendungsorientierten Planungs- und Verfügungswissenschaft für den kolonialen Raum. Die 1940 eingerichtete Kolonialwissenschaftliche Abteilung des Reichsforschungsrates wurde mit einem Koordinierungsmonopol der Afrika bezogenen Einzel- und Großprojekte ausgestattet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor die deutsche Afrikaforschung im internationalen Maßstab massiv an Bedeutung. Restauration, Reorganisation und Kontinuität bestimmten das Bild. Nach der Wiedereröffnung der Universitäten blieb das afrikanistische Wissenschaftlerpersonal im Großen und Ganzen dasselbe wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Nicht wenige der in den 1950er Jahren mit Unterstützung der DFG abgeschlossenen Publikationen gingen auf Forschungsprojekte, Konzeptionen und auf teilweise weit fortgeschrittene Vorarbeiten aus den Jahren vor 1945 zurück (z.B. Westermann 1952; von Sydow 1954).

Vor diesem Hintergrund untersucht der Vortrag Brüche und Kontinuitäten deutscher Afrikaforschung im 20. Jahrhundert im Spiegel staatlicher Forschungsförderung.

Felix Brahm, Hamburg

Universitäre Diskreditierung und außeruniversitäre Nachfrage. Die Kolonial- und Afrikawissenschaften in Hamburg 1945-1975

Während wir in den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien bereits in den späten 1940er und 1950er Jahren eine deutliche Tendenz zur Herausbildung einer auf Afrika bezogenen Regionalwissenschaft beobachten können, gestaltete sich eine Anknüpfung gerade an interdisziplinäre Ansätze einer akademischen Beschäftigung mit Afrika in Deutschland nach Kriegsende schwierig.

Diese unterschiedliche Entwicklung kann nicht zuletzt auf die weit reichende, auch personelle und institutionelle NS-Verstrickung der Kolonial- und Auslandswissenschaften zurückgeführt werden. Für den Standort Hamburg möchte ich in diesem Vortrag deutlich machen, dass sich im Zuge der Diskreditierung dieses Wissenschaftssegments im universitären Rahmen ein Anknüpfen an die bisherige wissenschaftliche Tätigkeit – soweit diese überhaupt möglich war – unter Rückzug in die Einzeldisziplinen vollzog. Auf der anderen Seite jedoch, wobei zu diskutieren ist, ob sich hier ein Standortspezifikum Hamburgs als Hafen- und Handelsstadt abbildet, wurde im Zuge des Wiederanstiegs der überseeischen Exportwirtschaft und dem Beginn der Dekolonisation von Seiten wirtschaftsnaher Institutionen der Bedarf einer interdisziplinären und deutlich anwendungsbezogenen Regionalforschung formuliert. In dieser Situation kam es in Hamburg zur Gründung entsprechender außeruniversitärer Regionalinstitute in Form von Vereinen und Stiftungen, so des Deutschen Instituts für Afrika-Forschung e.V. (DIAF), deren inhaltliche Schwerpunktsetzung von einer Praxisorientierung an wirtschaftlichen Fragen geprägt war. Hier stellen sich Fragen nach Zäsuren und Kontinuitäten zwischen einer früher universitären „Kolonialwissenschaft“, insbesondere hinsichtlich des Paradigmas der „kolonialen Inwertsetzung“, und der im außeruniversitären Bereich neu etablierten, praxisorientierten Afrikaforschung. Im Zuge der 68er-Bewegung formierte sich im universitären Umfeld Widerstand gegen eine anwendungsbezogene wirtschaftsnahe Forschung zu Afrika in Hamburg, deren Auswirkung auf die Konfiguration des DIAF abschließend gezeigt werden soll.

Sektion II

Inland Empires – Kolonialisierungsprojekte in einer postkolonialen Welt, 1960-1990

Leitung: *Sabine Höhler, Washington, DC* und *Sven Mesinovic, Florenz*

Kommentar: *Alexander von Lünen, Portsmouth*

Der Rückzug des Westens aus den Kolonialgebieten, wachsende Interdependenzen im Kalten Krieg und nicht zuletzt die aufkeimenden Debatten um Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit und Bevölkerungsexplosion nach dem Zweiten Weltkrieg ließen einen neuartigen Eindruck von Globalität entstehen. Zeitgenossen sprachen vom Ende der „Great Frontier“, von dem Ende der Vorstellung einer unermesslichen Welt, die seit dem Entdeckungszeitalter die praktisch unbegrenzte Erforschung, Besiedelung und Ausbeutung immer neuer Räume und Ressourcen ermöglicht hatte. Zugleich war das Potenzial wissenschaftlich-technischer Intervention beispiellos hoch, und das industrielle Wachstum und der Fortschrittsoptimismus blieben ungebrochen. In dieser Situation fragwürdiger Zukunft bildete der Wettkampf um den Weltraum nur einen Teil der Phantasien zur Erschließung einer Reihe als entlegen, unwirtlich, ja lebensfeindlich geltender Regionen mit der Erwartung, neue Lebensräume zu gewinnen.

Die Sektion möchte den Projekten der Raumgewinnung anhand dreier unterschiedlicher Regionen nachgehen: dem Weltraum, der Antarktis und den Tiefen der Ozeane. Die Beiträge fragen danach, wie die zeitgenössische Vorstellung eines wissenschaftlichen und

technologischen Imperialismus jeweils umgesetzt wurde. Insbesondere untersuchen sie, wie mit wissenschaftlich-technischen Mitteln neue Räume und Umwelten sondiert, vermessen, und als zukünftige Habitate experimentalisiert wurden. Die filmische Anleihe beim „Inland Empire“ als opakem Binnen- oder Hinterland soll darauf hinweisen, dass diese neuen Reiche nicht immer „anderswo“ entstanden, sondern als terrestrische Raum- und Umweltlabore mit dem Ziel einer zukünftigen Ablösung und Ausschwärmung angelegt wurden. Die untersuchten Beispiele werden auch hinsichtlich der Kolonisierung des Lebens zu befragen sein: Inwiefern wurden unter solchen Laborbedingungen auch künftige Lebensbedingungen neu formuliert?

Sebastian Grevsmühl, Paris

Die Antarktis als Weltenlaboratorium. Der antarktische Explorationsraum als post-kolonialer Transitionsraum

Das kartographische, klimatische und geologische Wissen über den Südpol ist, ähnlich wie das ozeanographische Wissen, erstaunlich jungen Datums. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg halfen vornehmlich Kriegstechnologien zahlreichen Wissenschaftlern dauerhaft in jene unwirtlichen, menschenfeindlichen Weiten und Tiefen vorzudringen. Als kältester, trockenster und zugleich windigster Kontinent ist die Antarktis in vielerlei Hinsicht bis heute ein Raum mit den höchsten Ansprüchen an Mensch und Material geblieben. So ist der antarktische Raum zudem seit den frühen Explorationsreisen eng mit Phantasien verknüpft, welche ihn außerhalb alles irdischen Daseins verorten. Zahlreiche Tagebucheinträge der frühen Antarktisforscher zeugen von Parallelen zur Mondlandschaft und spätere Wissenschaftler kommen nicht umhin Analogien zur Weltraumexploration zu sehen.

Eine erste politische und wissenschaftliche Fundierung haben diese Phantasien mit dem Internationalen Geophysikalischen Jahr (1957/58) erfahren, welche die bis heute andauernde Ära kontinuierlicher menschlicher Präsenz und dauerhafter internationaler wissenschaftlicher Forschungen einläutete und im Antarctic Treaty, das 1961 in Kraft trat, kulminierte. Das Antarctic Treaty modifizierte nämlich in bedeutender Weise die zahlreichen imperialistischen Einflussnahmen auf den Kontinent, indem es sämtliche terrestrische Imperialstrategien zunächst zurückstellte, in der uneingeschränkten Favorisierung eines friedlichen internationalen Wissenschaftsbetriebs.

Mindestens zwei Dinge gilt es somit herauszustreichen. Erstens lässt sich der antarktische Raum (als veritables wissenschaftliches Weltenlaboratorium) als ein Transitionsraum beschreiben, in den sich seit den sechziger Jahren neuartige imperiale Strategien einschreiben, welche wissenschaftliche Zugriffe auf andere Welten suchen. Zweitens gilt es diese neuen imperialen Machtvektoren auf ihre historische und technologische Basis zu untersuchen, welche den antarktischen Raum zu einem wissenschaftlichen Testfeld für biologische, psycho-physiologische, soziale und technologische Faktoren par excellence etabliert haben.

Sven Mesinovic, Florenz

Die Eroberung der Nordsee. Das westdeutsche Unterwasserlaboratorium Helgoland als Projektionsraum und Zivilisationslabor 1965-1975

Der Vortrag befasst sich mit einer vergessenen Zukunftsvision der 1960er und 1970er Jahre. Neue Technologien führten zum ehrgeizigen Unternehmen, den „inneren Weltraum“ (inner Space), die Tiefsee zu erobern – zur gleichen Zeit, als die Blockmächte um die Eroberung des „äußeren Weltraumes“ konkurrierten. Zwischen 1960 und 1980 entstanden weltweit 65 Habitate auf dem Grunde der Meere, die von sogenannten Aquanauten für Wochen oder Monate bewohnt wurden. Die meisten Stationen wurden von den USA und der UdSSR errichtet. Aber auch andere Industriestaaten wie die CSSR, VR Polen, BRD, Italien und Frankreich schlossen sich diesen Versuchen an. Es fällt auf, dass die Stationen in Ost wie in West errichtet wurden, es sich allerdings immer um ein Vorhaben der Industriestaaten

handelte. Die sensationellen Versuche spiegelten sich in den Medien der Zeit wider, in Tauchzeitschriften, aber auch in populären Wissenschaftsmagazinen wie z.B. Bild der Wissenschaft.

Dieses Paper möchte sich der Entstehungsgeschichte des westdeutschen Unterwasserlaboratoriums „Helgoland“ widmen. Das Unterwasserlaboratorium begann 1968 zunächst als Erprobungsstätte tauchphysiologischer und tauchmedizinischer Forschung auf Betreiben des Institutes für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Bald schloss sich die Biologische Anstalt Helgoland an, die das Labor für biologische und geologische Forschungen nutzte (in situ Forschung). Finanziert wurde die Station vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. In den letzten Jahren bis zu seiner Außerbetriebstellung 1979 wurde das Unterwasserlabor vor allem für technische Erprobungen wie Unterwasserschweißen genutzt. In fast einem Jahrzehnt seiner Erprobung diente das sogenannte UWL unterschiedlichen Zielen und Zwecken. Die technischen Anforderungen sowie die Betriebskosten des weltweit einzigen Kaltwasserlaboratoriums waren hoch. Wie lässt sich dieses Habitat, gerade in den ersten Jahren seiner Entstehung, gefördert vom damaligen Ministerium der Bundesrepublik Deutschland, erklären, gerade im Hinblick auf den internationalen Forschungskontext und das gesellschaftlich-politische Umfeld? Die Wissenschaftler rühmten in den 1970er Jahren besonders das Arbeiten unter „realen Bedingungen“. Mediziner und Druckphysiologen studierten die Auswirkungen des Druckes auf Menschen nicht mehr unter Laborbedingungen, sondern in einer „realen Situation“. Gleichzeitig nährten Sachbücher die Idee von einer Besiedlung der Meere. Dies wirft die Frage auf, ob das Unterwasserlaboratorium Helgoland auch als Projekt einer zivilisatorischen Idee, eben als Zivilisationslabor einer technologiebegeisterten Zeit gelesen werden kann.

Sabine Höhler, Washington, DC

Natur im Ausnahmezustand.

Über Leben in der Zweiten Biosphäre

Das Projekt der Biosphäre 2 wurde in den 1980er Jahren in der Wüste von Arizona durchgeführt. Praktisch vollständig von ihrer Außenwelt abgeschlossen sollte die Zweite Biosphäre die Erde im Kleinen reproduzieren; die naturgetreue Kopie war als Prototyp einer Raumkolonie geplant, um im Falle der ökologischen Krise zukunftsfähige Lebensgemeinschaften auf dem Mars anzusiedeln. Die Projektmanager hatten dabei die Pläne der NASA unter der Reagan-Regierung im Blick, die vorsahen, Anfang der 1990er Jahre eine permanente Raumstation in die Erdumlaufbahn zu bringen. Die Biosphäre 2 wurde mit dem Ziel konstruiert, der NASA bis 1995 ein erstes kleines Lebenssystem für das Weltall anbieten zu können.

Der Vortrag untersucht die Biosphäre 2 als ein unter Laborbedingungen konstruiertes Reservat. Erstens soll es um den neuen Typus des ökologischen Experiments gehen, das mit der Biosphäre 2 durchgeführt wurde. Das „lebende Labor“ wurde bestückt mit etwa 4000 Pflanzen und Tieren sowie acht Menschen, um die ökologischen Vorgänge auf der Erde zu verstehen und schließlich bedienen zu lernen und um ein sich selbst erhaltendes ökologisches System zu entwickeln. Zweitens soll die Biosphäre 2 als eine moderne Arche untersucht werden, in der Natur gesammelt, Wissensvorräte angelegt und neueste Technologien gespeichert wurden, um die Erde zu reproduzieren. Drittens wird die Biosphäre 2 als eine Raumstation betrachtet, mit der Leben unter Bedingungen der „Lebenserhaltung“ praktizierbar wurde. Das technologisch überwachte und optimierte „Lebenserhaltungssystem“ dieser Raumstation folgte Prinzipien des ökosystemischen, ökonomischen sowie technischen Minimalismus, der Selektivität und der Effizienz.

Sektion III

Medizin in Übersee, 1920-1950: kolonial, lokal oder global?

Leitung: *Walter Bruchhausen, Bonn*

Kommentar: *Volker Roelcke, Gießen*

Inwieweit ist Paradigma der „colonial“ und „colonizing medicine“ (u.a. David Arnold, Megan Vaughan), das in den 1980er und 1990er Jahren die internationale Medizingeschichtsschreibung bestimmte, weiterhin geeignet, die europäische Perspektive auf die Entwicklung des Gesundheitswesens tropischer Regionen zu leiten? Sowohl die älteren historiographischen Aspekte einer Verschlechterung der Gesundheitssituation durch den Kolonialimperialismus („Imperialism and Health“, z.B. Meredith Turshen, Shula Marks) als auch die jüngeren von „agency“ der betroffenen Bevölkerungen (u.a. John Iliffe, Susan Reynolds Whyte) drohen gegenüber einer Betonung des „Kolonialen“ in den Hintergrund zu treten. Menschen anderer Erdteile erschienen so weitgehend in einer bloßen Opferrolle statt als Akteure einer Entwicklung, die sie durch selektive Nutzung und kreative Anpassung medizinischer Optionen mitbestimmten. Kolonialismus würde so allzu leicht als isoliertes historisches Phänomen statt als – oft besonders brutaler – Teil einer allgemeinen Globalisierung behandelt. Die Medizinbeziehungen zwischen „the West and the Rest“ auf den kolonialen Charakter zu beschränken, könnte weitere wichtige Störungen und auch verschiedene Potenziale verkennen und so eine angemessene Beurteilung der Fehlschläge internationaler und nationaler Gesundheitspolitik verhindern – wie in dieser Sektion anhand von drei Beispielen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgezeigt werden soll.

Michael Knipper, Gießen

Das Projekt einer „hygienischen Kolonisierung“ Amazoniens in Peru, 1938-1944:

Sozialmedizin im Spannungsfeld lokaler, nationaler und internationaler Interessen

Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch, war die Kolonialgeschichte Perus offiziell bereits Anfang des 19. Jahrhunderts beendet. Die Frage jedoch, ob – oder wie weit – sich die „kolonialen Verhältnisse“ sowohl im gesellschaftlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich mit der Unabhängigkeitserklärung von 1821 tatsächlich änderten, ist bis heute Gegenstand nicht allein fachhistorischer Diskussionen. Insbesondere die mehrheitlich indianische Bevölkerung der Anden verblieb auch nach der Unabhängigkeit weitgehend in politischer und ökonomischer Abhängigkeit, während die weiten Gebiete Amazonien (ca. 60% des nationalen Territoriums) bis in das 20. Jahrhundert das vergessene „Hinterland“ des Landes darstellten. Das änderte sich erst mit dem Kautschuk-Boom, der ab dem Ende des 19. Jahrhunderts für zwei Dekaden zu einer an Grausamkeit und Brutalität kaum zu übertreffenden Art der Ausbeutung natürlicher Ressourcen führte, einschließlich der Versklavung der lokalen indigenen Bevölkerung und von eingewanderten Siedlern.

Vor diesem historischen Hintergrund wird der Vortrag ein wenige Jahre nach Ende des ersten Kautschuk-Booms von der peruanischen Regierung unternommenes Projekt einer „hygienischen Kolonisierung“ Amazoniens untersuchen. Neben wirtschaftlichen Interessen (Ende der 1930er Jahre wuchs kriegsbedingte erneut die internationale Nachfrage nach Kautschuk, außerdem nach Chinin), geriet der bis dato kaum erschlossene Osten des Landes auch politisch und militärisch in das Visier der politischen Klassen in der peruanischen Hauptstadt Lima. Amazonien sollte nun „auf wissenschaftlicher Basis kolonisiert“ werden. Mit der Ausführung wurde der deutsche Pathologe und Emigrant Max H. Kuczynski (1890-1967) beauftragt, der seit 1936 in Peru lebte. Allerdings stieß der breite, sozialmedizinisch orientierte Ansatz Kuczynskis im komplexen Geflecht nationaler und internationaler Interessengruppen bald auf zunehmenden Widerstand. Der Vortrag wird daher insbesondere der Frage nachgehen, weshalb die Entwicklung lokal angepasster, medizinischer Strukturen in Amazonien trotz des politischen „Rückenwindes“ letztendlich scheiterte.

Iris Borowy, Rostock

Die Gesundheitspolitik des Völkerbundes in Afrika

Internationale Gesundheitsarbeit bewegte sich im 20. Jahrhundert im Spannungsverhältnis zwischen Staatswohl und Bevölkerungswohl und zwischen Prinzipien der staatlichen Souveränität gegenüber übernationalen Entscheidungskompetenzen. Im Fall nicht-westlicher Gesellschaften war diese Dichotomie durch den kolonialen bzw. post-kolonialen Rahmen besonders ausgeprägt. Hier war die öffentliche Gesundheitspolitik zusätzlich durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen, Herrschaftsvorstellungen, Gesundheitskonzeptionen und Medizintraditionen geprägt und dadurch belastet, dass sich staatliche Ordnungspolitik häufig sehr brutal durchsetzte. Dennoch waren auch hier Staats- und Gemeinwohl aufeinander angewiesen, benötigte doch ein prosperierender Kolonialstaat eine leistungsfähige Bevölkerung, während andererseits die Bewohner einer Kolonie für ihre Gesundheit von staatlicher Präventions- und Versorgungspolitik abhängig waren. Entsprechend nahm die Aktivitäten internationaler Gesundheitsorganisationen einen Platz in einem sensiblen Gefüge ambivalenter Interessen ein.

Vor diesem Hintergrund nahm die Gesundheitsarbeit des Völkerbundes in Afrika einen ambivalenten Verlauf. Prinzipiell konnte und wollte seine Gesundheitsorganisation nicht gegen Regierungen handeln, so dass ihre Aktivitäten auch deutlich die Interessen der Kolonialverwaltungen widerspiegeln. Dies äußerte sich in der Unterstützung von Forschungsprojekten zu tropischen Krankheiten sowie in Initiativen zur Erhebung, Verbreitung und Nutzung epidemiologischer Daten. Versuche, diesen Informationsfluss zu institutionalisieren scheiterten allerdings an inter-kolonialen Rivalitäten. Diese Probleme zeigten sich auch in der Organisation zweier afrikanischer Konferenzen, von denen eine eher Vertreter des britischen Kolonialgebietes als Gesamtafrikas versammelte. Allerdings entwickelten sich auch Ansätze, öffentliche Gesundheit als gesellschaftliche Anliegen unabhängig von Kolonialstrukturen wahrzunehmen. So richtete eine unter großen Schwierigkeiten über Kolonialgrenzen hinweg durchgeführte Studienreise den Blick auf kolonieübergreifende regionale Belange. In den 1930er Jahren integrierte die Behandlung von Themen der Sozialmedizin, vorrangig Gesundheit im ländlichen Raum, die Diskussion zu Medizin in Afrika in den europäisch inspirierten weltweiten Diskurs zu Voraussetzungen für gesundes Leben. Damit gab die Arbeit des Völkerbundes implizit sowohl Kolonialverwaltungen wie auch kolonisierten Gesellschaften Argumentationsmaterial an die Hand.

Walter Bruchhausen, Bonn

Nachfrage, Nachahmung und Nachteile europäischer Medizin: Ländliche Gesundheitsversorgung in Ostafrika, 1920-1950

In den afrikanischen und asiatischen Kolonien europäischer Mächte führten kolonialwirtschaftliche und –administrative Interessen, internationale Vorgaben und schließlich sozialmedizinische Ideen dazu, dass sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts die (bio)medizinischen Dienste vom Gesundheitsschutz für Weiße und Seuchenkontrolle zum flächendeckenden Angebot von Basis-Krankenversorgung und Public Health entwickelten. Die dafür erforderliche Adaptation europäischer Praktiken – durch europäische und afrikanische Akteure – wird am Beispiel des ostafrikanischen Tanganyika Territory (heute Tansania) und seiner Nachbarn in der Zwischenkriegszeit dargestellt. Gestützt auf die Akten der britischen Medizinalverwaltung soll die Entwicklung der ländlichen Gesundheitsversorgung, die bis heute das Gesundheitswesen Afrikas prägt, in ihrem Zusammenspiel von lokalen, regionalen, staatlichen, kolonialmetropolitanen und internationalen Komponenten analysiert und der Versuch einer Gewichtung unternommen werden. Dabei geht es besonders um den Aufbau einheimischer Gesundheitseinrichtungen und die Ausbildung wie den Einsatz einheimischen Personals mit ihrer Verflechtung von Konzepten und Mitteln unterschiedlicher

Provenienz. Die Frage, welche Motive, Vorstellungen und Argumentationen bei Bevölkerungsgruppen, einheimischer und kolonialstaatlicher Verwaltung sowie Medizinalbeamten diese Entwicklung begleiteten, lässt oft überraschende Zuordnungen von präventiven und kurativen, politischen und wissenschaftlichen Interessen entdecken. Erst eine solche Einbeziehung der Mikroebene lässt die Frage nach dem „kolonialen Charakter“ der jeweiligen Medizin genügend differenziert beantworten.

Sektion IV

Die „Vermessung des Fremden“: Erdwissenschaftlicher Diskurs als koloniale Praxis?

Leitung: *Bernhard Fritscher, München*

Die Geographie und die Geologie gehören, neben der Anthropologie und der Ethnographie, zu denjenigen Wissenschaften, die das Projekt des Kolonialismus in besonderem Maße getragen haben bzw. zugleich von diesem getragen wurden. Die erdwissenschaftliche Erschließung außereuropäischer Länder stand vielfach am Beginn ihrer Kolonialisierung, und die neuen Kolonien boten ihrerseits europäischen Erdwissenschaften neue Forschungsräume. Ein Beispiel wäre etwa die Dominanz der englischen Geologie im 19. Jahrhundert, die sich nicht zuletzt daraus erklärt, dass diese mit dem britischen Empire über ein ‚globales Wirkungsfeld‘ verfügte. Und für die deutsche Geographie und Geologie wäre darauf zu verweisen, dass deren Institutionalisierung an den Hochschulen des Kaiserreichs im ausgehenden 19. Jahrhundert in auffälliger zeitlicher Parallele zu den kolonialen Ambitionen des Kaiserreichs erfolgte.

Ausgehend von solchen allgemeinen, häufig genannten Zusammenhängen – und dann eben vor allem mit Blick auf die aktuellen methodischen Ansätze der Kolonialismusforschung – soll in der Sektion die spezifischere Frage nach der kolonialen Praxis als einem konstitutiven Element des erdwissenschaftlichen Diskurses gestellt werden. Als Leitmotiv bietet sich dabei der Begriff der „Vermessung des Fremden“ an: zum einen ist damit eine genuin erdwissenschaftliche Praxis angesprochen, vor allem aber erscheint dieser Begriff heute in der Literatur gleichsam als Oberbegriff für die ‚wissenschaftliche Aneignung‘ fremder Kulturen und die damit zusammenhängenden Probleme kultureller Diversität.

Im Mittelpunkt der Sektion sollen die deutschsprachigen Erdwissenschaften stehen, obgleich das Thema ‚Kolonialismus‘ eine solche Beschränkung fast zwangsläufig wird überschreiten müssen. In ähnlicher Weise gibt das Thema als Zeitraum zunächst das 19. und frühe 20. Jahrhundert vor. Gleichwohl bieten gerade die Erdwissenschaften Ansatzpunkte, diesen Zeitraum – und damit eben den methodischen Ansatz der „postcolonial studies“ – auf die frühe Neuzeit und sogar bis zu den christlichen Pilgern des späten Mittelalters auszudehnen. In Analogie zur These von den Kolonialisten als den ‚imperialistischen Nachfolgern‘ der Forschungsreisenden, ließen sich diese selbst als die ‚säkularen Nachfahren‘ der Missionare und Pilger verstehen – und noch im 19. Jahrhundert traten beide bekanntlich nicht selten ‚in Personalunion‘ auf, wie etwa das Beispiel David Livingstones (1813-1873) zeigt. Gerade im Falle der Erdwissenschaften scheint so die ‚Kolonialisierung‘ der Erde kaum trennbar zu sein von ihrer ‚Christianisierung‘.

Bernhard Fritscher, München

Vom ‚Humboldtschen Ideal‘ zum ‚kolonialen Blick‘:

Das Indien-Bild der Gebrüder Schlagintweit

Die bayerischen Forschungsreisenden Hermann (1826-1882), Adolf (1829-1857) und Robert Schlagintweit (1833-1885) gehörten zu der großen Gruppe deutscher Erdwissenschaftler des 19. Jahrhunderts, deren wissenschaftliches Programm zunächst vor allem durch das Vorbild und die aktive Förderung Alexander von Humboldts (1769-1859) geleitet war. Bekannt

geworden sind sie durch eine mehrjährige Forschungsreise nach Indien und Hochasien, die sie - auf Vermittlung Humboldts (1769-1859) - im Auftrag der Britischen Ostindien-Company und des Preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861) zwischen 1854 und 1857 unternahmen.

Auffälligstes Merkmal der - von der Humboldtschen „Physik der Erde“ und der Pädagogik des Biedermeier strukturierten - wissenschaftlichen Arbeiten der Gebrüder Schlagintweit war die besondere Bedeutung visueller Darstellungsformen (Panoramen, landschaftliche Ansichten, Karten usw.) einschließlich der Photographie. Ein spezifisches Produkt waren dabei Robert Schlagintweits photographische Aufnahmen indischer Menschenrassen als einem der frühesten Zeugnisse der Kolonialphotographie. Zusammen mit den umfangreichen anthropologischen Messungen der Schlagintweits lassen sie sich nicht zuletzt als frühes Beispiel lesen, wie die von Humboldt selbst noch explizit abgelehnte ‘Annahme der Existenz höherer und niederer Menschenrassen’ (wieder) Eingang in das geographisch-ethnographische Denken fand.

Ausgehend von dieser Beobachtung wird im Vortrag vor allem gefragt, wie weit dieser ‚koloniale Blick‘ dann nicht nur für die Beschreibung der indischen Menschenrassen bestimmend wurde, sondern letztlich auch für die Beschreibung der indisch-asiatischen ‚Natur(landschaften)‘. So fällt etwa auf, dass Beschreibungen einer ‚erhabenen‘ und ‚schönen‘ Natur der Hochgebirge, wie sie die Schilderungen der europäischen Alpen oder auch der südamerikanischen Anden durch Humboldt charakterisierte, in den Beschreibungen der ‚kolonialen Bergwelt‘ nicht (mehr) zu finden sind.

Susanne Pickert, Berlin/München

Die Vermessung der Fußspuren Gottes.

Die Aneignung des Heiligen Landes durch Beobachtung und Beschreibung in Pilgerberichten des hohen und späten Mittelalters

Genau geschilderte Beobachtungen der Stätten und Landschaft Palästinas finden sich seit dem 12. Jahrhundert in einer Reihe von Pilgerberichten. Das geographische und antiquarische Interesse der Autoren richtet sich dabei auf Aspekte der biblischen Geschichte. Mit wissenschaftlichem Anspruch und unter dem erklärten Einsatz epistemischer Praktiken versuchen die Pilger, die christlichen Überlieferung mit materiellen Beweisstücken zu verknüpfen. Dabei geht es um eine wechselseitige Versicherung der Wahrheit des biblischen Berichts und der Authentizität der christlichen Erinnerungslandschaft Palästina. Naturkundliche, topographische und archäologische Beobachtungen werden zum Argument der Exegese und dienen der Klärung unklarer Bibelstellen. Informationen aus der Heiligen Schrift werden herangezogen, um erklärungsbedürftigen Phänomenen einen Sinn und einen Namen zu verleihen. Diese im Mittelalter entwickelte und noch bis ins frühe 20. Jahrhundert praktizierte bibelwissenschaftliche Erschließung des Heiligen Landes wird zur Strategie der Aneignung des unvertrauten Natur- und Kulturraums in den eigenen Wissenshorizont.

Heinz Peter Brogiato, Leipzig

Ein liberaler Kolonialist? Hans Meyer und sein Blick auf Ostafrika

Von Hause aus stammte Hans Meyer aus einer liberal-demokratischen Familie, deren materieller Reichtum ihm ein unabhängiges Leben ermöglichte. Dies nutzte er, um seiner Leidenschaft, der Geographie, nachzugehen und um sich mit großem Engagement in den Dienst der kolonialen Idee zu stellen. Insgesamt fünfmal unternahm Meyer zwischen 1887 und 1911 Forschungsreisen in die Kolonie Deutsch-Ostafrika und trug dadurch wesentlich zur geographischen Erforschung des Landes bei. Darüber hinaus förderte er Expeditionen anderer Wissenschaftler und setzte sich publizistisch und politisch für den deutschen Kolonialbesitz ein. In seinem Nachlass befindet sich eine große Anzahl an Unterlagen (Tagebücher, Korrespondenz, Fotografien), die Rückschlüsse zulassen auf den kolonialen Blick Meyers

allgemein und sein Ostafrika-Bild speziell. Der Vortrag versucht, Meyers indigene Wahrnehmungswelten zu dechiffrieren. Die einzigartige Quellenlage lässt es dabei zu, gedruckte mit ungedruckten Quellen zu vergleichen und dadurch Unterschiede zwischen persönlicher Wahrnehmung und öffentlicher Bewertung herauszuarbeiten. Meyer hat sehr bewusst das Bild zur Vermittlung von Exotik und Fremdheit eingesetzt. Die Funktion der verschiedenen bildlichen Darstellungsformen (Fotografie, Zeichnung, Gemälde) sowie des Zusammenspiels von schriftlichem und bildlichem Material in den Publikationen Meyers wird ein weiterer Aspekt des Vortrags darstellen.

Felix Holderer, München

Imperiale Begegnungen mit Asien – Karl Futterers Expedition durch Innerasien 1897–1899

Der deutsche Geologe und Mineraloge Karl Futterer (1866–1906), Professor für Geologie an der Technischen Hochschule Karlsruhe, nahm in den Jahren 1897–1899 an einer von seinem Studienfreund Julius Holderer (1866–1950) organisierten Expedition durch Innerasien teil. Die Reise führte großenteils durch bereits bekannte Gebiete; allerdings konnte Futterer die Angaben seiner Vorgänger vielfach ergänzen und präzisieren. Bekannt geworden sind nicht zuletzt die Maßstäbe setzenden photographischen Aufnahmen von Zentralasien bzw. seiner Bewohner, Gebirge und Wüsten. Als hauptsächlich privat finanziertes Unternehmen ist die Expedition ein Beispiel für ein bestimmendes Element geographischer Forschungspraxis in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs.

Leitend für Futterers und Holderers Forschungsprogramm war insbesondere Ferdinand von Richthofens (1833–1905) geologische Erforschung Chinas in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. Zur Vorbereitung der Expedition gehörten weiter Gespräche mit Sven Hedin (1865–1952) in Stockholm nach dessen Rückkehr von seiner ersten großen Innerasien-Expedition. Der dreibändige Reisebericht (Karl Futterer: *Durch Asien. Erfahrungen, Forschungen und Sammlungen während der von Amtmann Dr. Holderer unternommenen Reise.* 3 Bände in 4. Berlin, Reimer, 1901-1911) enthält neben den geologischen und geographischen Beschreibungen auch, typisch für das 19. Jahrhundert, ethnographische, botanische, zoologische und meteorologische Aufzeichnungen. Er ist damit zugleich ein Musterbeispiel für die „Vermessung des Fremden“ durch die Erdwissenschaften des Deutschen Kaiserreichs.

Sektion V

Wissenschaft und Kolonialdiskurse - ohne Kolonien in Übersee - in der späten Habsburgmonarchie

Leitung und Kommentar: *Mitchell G. Ash, Wien*

Bekanntlich war die Habsburgmonarchie ein Vielvölkerreich. An ihren ethnischen Konflikten ist sie schon vor der Niederlage im Ersten Weltkrieg fast zugrunde gegangen; heute wird eben diese ethnische Vielfalt als Vorbote des heutigen Europa – und der Schwierigkeiten, die es zu überwinden hat - gedeutet. Dieser ethnischen Vielfalt wegen scheint die späte Habsburgmonarchie als Ort humanwissenschaftlicher, insbesondere anthropologischer Forschung prädestiniert gewesen zu sein. Doch hatte die Donaumonarchie ebenso bekanntlich keine Kolonien in Übersee – allerdings sprach diese Tatsache keinesfalls dagegen, dass österreichische Anthropologen in Asien oder Afrika arbeiteten. Inwiefern die Monarchie wegen der Dominanz des Deutschen als Amtssprache wenigstens eines großen Teiles des Reiches als Kolonialgebilde innerhalb Europas gelten soll, ist bis heute umstritten. Immerhin rief diese Dominanz des Deutsch-Österreichischen gerade zur Entstehungszeit der modernen

Anthropologie und Sozialwissenschaften einen starken, kulturellnationalistischen Widerstand hervor. Im Rahmen der vorgeschlagenen Sektion sollen Implikationen dieser sehr vielschichtigen historischen Situation für die Wissenschaften im Allgemeinen und für die Entwicklung der anthropologischen Disziplinen im Besonderen besprochen werden.

Jan Surman, Wien

Colony of whom, periphery of what? Anwendbarkeit der Begriffe im Lichte neuer Untersuchungen zur Wissenschaftslandschaft der Habsburgermonarchie

Das politische Gebilde der Habsburger Monarchie erstreckte sich im 19. Jahrhundert über national heterogene Gebiete, deren Eliten zunehmend eine Autonomie bzw. ihre nationale Eigenständigkeit forderten. Im Prozess der Emanzipation spielten die Wissenschaften eine bedeutende Rolle. Die Universitäten und nationale Akademien der Wissenschaften wurden dabei zu Stätten der nationalen Identitätsstiftung; zunehmend kristallisierten sich auch neue nationale Wissenschaftssysteme heraus, die durch sprachliche Absonderung vom deutschsprachigen Zentrum ihre Geltung zum Ausdruck zu bringen versuchten. Diese Prozesse gipfelten in eine Polonisierung der galizischen Universitäten und in die Teilung der k.k. Karl-Ferdinands-Universität in Prag. Infolge dessen kam es auch zu einer Zuwendung dieser neuen nationalen Wissenschaftszentren an andere europäische Wissenschaftszentren hinsichtlich der Berufungs—und Stipendienpolitik. Gleichzeitig wurden die österreichischen Kernländer immer stärker an das deutsche Universitätssystem gebunden, dies trotz einer gegenläufigen Politik des Ministeriums für Cultus und Unterricht in Wien, welches auf die Berufung des „eigenen Nachwuchses“ abzielte.

Im Beitrag wird gezeigt, wie Prozesse der internen Kolonisierung des Wissenschaftssystems in der Habsburger Monarchie zwischen 1848 und 1918 verliefen. Einerseits werden die Positionen der cislathanischen (nicht ungarischen) Universitäten unter einander verglichen, eine interne Hierarchie z.T. anhand quantitativer Mobilitätsdaten erstellt und ihre Position gegenüber dem Ausland unter die Lupe genommen. Die Vorstellungen des Cultusministeriums werden dabei den Bestrebungen der Universitäten nach internationalen Geltung entgegengestellt. Untersucht wird ferner, wie diese Positionen sich im Rahmen der oben genannten Nationalitätenkonflikte veränderte und anhand der neu entstehenden nationalen „scientific communities“ gezeigt, wie diese sich der selbstproklamierten Überlegenheit der deutschen Kultur entgegen verhielten und mit welchen Mitteln sie versuchten, aus ihrer peripheren Stellung auszubrechen.

Irene Ranzmaier, Wien

Anthropologie ohne Kolonien – die frühe Entwicklung anthropologischer Disziplinen in Österreich-Ungarn

Die Geschichte der Entwicklung der physischen Anthropologie und der Ethnologie in Westeuropa ist eng an den Kolonialismus gebunden. Im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn erfolgte diese Entwicklung allerdings ohne den Erwerb und Besitz überseeischer Kolonialgebiete. Obwohl die Entwicklung und Etablierung anthropologischer Disziplinen in der Habsburgermonarchie durchaus in Abhängigkeit von imperialistischen Diskursen erfolgte, kann sie somit als Vergleichsgröße zu den Vorgängen in jenen Staaten dienen, wo die Entwicklung dieser Felder in direkter Wechselwirkung mit Kolonienwerb und Kolonialverwaltung stattfand.

Als Folge des dominanten Einflusses von Geologen auf die frühe anthropologische Forschung in Österreich bildete die Prähistorie das Zentrum des Fächerkomplexes. In diesem Zusammenhang wurde die ethnologische Erforschung primitiver Völker als Weg zum Verständnis der eigenen Vorzeit und damit auch der eigenen Gegenwart verstanden. Dasselbe gilt für die physische Anthropologie, die durch Erfassung der Völker der Monarchie deren Herkunft und Verwandtschaft bestimmen und so für besseres gegenseitiges Verständnis

sorgen sollte. Aus en Reihen der anthropologischen Gesellschaft in Wien (gegründet 1871) wurde die Ethnologie in den 1890er Jahren als jene Wissenschaft propagiert, welche die „soziale Frage“ im Inland lösen helfen werde und welche bei entsprechender akademischer Verankerung die notwendige Offenheit für koloniale Unternehmungen in der Öffentlichkeit erzeugen können sollte.

Die vergleichsweise späte akademische Etablierung der Anthropologie und der Ethnologie an den österreichischen Universitäten (erster Lehrstuhl 1913) war indessen nicht dem ausbleibenden Kolonierwerb und damit dem Fehlen eines dem Staat nützlichen „Anwendungsgebietes“ für diese Wissenschaften geschuldet. Ausschlaggebend hierfür waren ungünstige methodisch-wissenschaftliche Festlegungen an der Universität Wien im Jahr 1889, welche den zeitgenössischen Entwicklungsstand der Fächer verkannten.

Maria Teschler-Nicola, Wien

Rudolf Pöch – „eine reiche Ausbeute“ als konstituierendes Element der Anthropologie an der Wiener Universität

Rudolf Pöch (*1870 Tarnopol, †1921 Innsbruck), Arzt, Anthropologe und Ethnograph, kommt als erstem Lehrkanzelnhaber der Anthropologie und Ethnographie an der Wiener Universität disziplinhistorisch eine besondere Bedeutung zu. International ist er als Entdeckungsreisender und Medienpionier ein Begriff. Sein anthropologisch-ethnographisches Interesse wurde anlässlich seines ärztlichen Einsatzes im Rahmen der „Wiener Pest-Expedition“ (1897) geweckt. Später führten ihn interdisziplinär angelegte Forschungsreisen nach Neu Guinea, Indonesien und Australien (1904-1906) sowie Süd-Afrika (1907-1909), wo er eine ausgedehnte Sammel- und Forschungstätigkeit entwickelte, die neben Anthropologie und Ethnologie auch viele andere Gebiete, wie Medizin, Archäologie, Musik- und Sprachwissenschaft, Botanik, Zoologie und Geologie berührte. Die dabei erworbenen Sammlungen bildeten eines der Schlüsselemente der erfolgreichen universitären Verankerung: Die materiellen Belegstücke „verschwindender Anderswelten“ wiesen ihn nach seiner Rückkehr als anthropologisch-ethnographischen Fachpionier aus und beförderten gleichzeitig die Etablierung oder Festigung persönlicher oder (wissenschafts)gesellschaftlicher Netzwerke im Wien der vorletzten Jahrhundertwende. Ihre ungewöhnliche Anschauungs- und Demonstrationsqualität brachten ihm – in Verbindung mit den zu ihrer Zeit innovativen Ton- und Filmaufzeichnung sowie den „im Feld“ angefertigten Fotografien – auch öffentliche und mediale Aufmerksamkeit. Dieses in der frühen österreichischen Anthropologie deutlich hervortretende materialistische Bemühen um eine „ziemlich reiche[n] Ausbeute“ von Objekten wie Menschenmaßen, wird im Kontext internationaler Entwicklungen gespiegelt.

Sektion VI

Spannungsfeld Wissenschaft – Politik:

Beispiel aus der Geschichte der Kernforschung

Leitung der Podiumsdiskussion: *Christian Forstner, Jena*

Moderation: *Beate Ceranski, Stuttgart*

Kernforschung nimmt spätestens seit Beginn des zweiten Weltkrieges eine immer zentralere Rolle in der Politik der Nationalstaaten ein. Das alte internationale wissenschaftliche Netzwerk der Radioaktivisten wird abgelöst von einem Bündnis aus Wissenschaft, Staat und Industrie, das den wissenschaftlichen Akteuren neue Kooperationsverhältnisse und Zugänge zu Ressourcen eröffnete. Dieses Spannungsfeld von Kernforschung und Politik wird in der Sektion an den Beispielen Österreich, Norwegen, Spanien und Indien einer historischen Analyse unterzogen.

Bis in die 1930er existierten nur eine handvoll Zentren der sich aus der Radioaktivitätsforschung entwickelnden Kernforschung. Die Radioaktivisten bildeten ein internationales Netzwerk, das sich durch ein hohes Maß an Kooperation und Austausch auszeichnete ebenso aber auch durch Konkurrenzverhältnisse im Streit um Ergebnisse und Methoden, die sich z.B. in den 1920ern in einer prominent ausgetragenen Kontroverse zwischen Cambridge und Wien manifestierten. Eingebettet in den politisch-sozialen Kontext der Zeit unterlag dieses wissenschaftliche Netzwerk den politischen Zäsuren darunter insbesondere dem Ersten Weltkrieg, während dem das Netzwerk nahezu zum Erliegen kam und nur auf einer individuellen Ebene weiter funktionierte. Dieses passive Unterliegen gegenüber dem politischen Kontext wandelte sich mit Beginn des Zweiten Weltkrieges als die Kernphysik als potenzieller Energie- und Waffenlieferant zunehmende Aufmerksamkeit auf sich zog. Die historischen Akteure beteiligten sich an diesem Prozess aktiv und es gelang ihnen, Mittel und Ressourcen in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß zu akquirieren. Gleichzeitig gingen sie ein Bündnis mit Staat und Industrie ein, das sich durch ein besonders enges Verhältnis charakterisieren lässt. Dieses von Kriegsinteressen geleitete Handeln führte zum Zusammenbrechen alter Netzwerke und zum Entstehen neuer Kooperationsverhältnisse. Dieser Aspekt wird Silke Fengler (Wien) am Beispiel der österreichischen Kernforschung im deutschen Uranverein näher beleuchten. In der Nachkriegszeit wurden die alten Netzwerke reaktiviert und Kernforschung nahm während der Nachkriegszeit und dem beginnenden Kalten Krieg neben dem militärischen Bereich eine zentrale Rolle im Zivilleben ein. Dies machen die Reaktor- und Kernforschungsprojekte in Österreich (Christian Forstner, Jena), Norwegen (Roland Wittje, Regensburg) und Spanien (Albert Presas i Puig, Berlin) deutlich, die aus unterschiedlichen historischen Kontexten das Spannungsfeld Wissenschaft und Politik beleuchten und so das dazu beitragen sollen, dieses Verhältnis über den Zweiten Weltkrieg hinaus aus einer vergleichenden Perspektive detaillierter zu charakterisieren. Über die europäische Perspektive hinaus wird Jahnvi Phalkey dieses Spannungsfeld am Beispiel der indischen Kernphysik und ihrer engen Verflechtung mit der Gründung des unabhängigen Indiens darlegen.

Silke Fengler, Wien

Österreichische Kernforschung während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945

Der Anschluss Österreichs bedeutete für das Institut für Radiumforschung – Pionier der frühen Radioaktivitätsforschung und seit den 1920er Jahren ein Forschungszentrum im internationalen Kontext der Kernphysik – wie auch für die Wiener Physikalischen Institute zunächst einen personellen Aderlass infolge der Vertreibung jüdischer und politisch missliebiger Wissenschaftler; systemtreue Physiker und opportunistische Mitläufer übernahmen die vakanten Positionen und leiteten die institutionelle Reorganisation der Wiener Kernforschung ein: aus dem Zusammenschluss des II. Physikalischen Instituts und dem Radiuminstitut wurde das Vierjahresplaninstitut für Neutronenforschung. An die Stelle der gewachsenen Beziehungen zur internationalen *scientific community* traten neue Forschungsk Kooperationen und Konkurrenzlagen innerhalb des deutschen Uranvereins. Der Vortrag geht der Frage nach, wie sich die Wiener Kernforschung unter den veränderten (forschungs-)politischen Rahmenbedingungen entwickelte. Inwieweit förderten bzw. hemmten die polykratischen Strukturen der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik die Ausrichtung auf kriegsrelevante Forschung? Welche Rolle spielt die konkurrierende Parallelforschung innerhalb des Uranvereins und wie wirkte sich diese auf die „Effizienz“ der Wiener Kernforschung im Hinblick auf den Bau einer Atombombe aus? Welcher Spielraum blieb für Grundlagenforschung?

Christian Forstner, Jena

Den Anschluss finden – Österreichische Kernforschung nach 1945

Bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs war das Wiener Institut für Radiumforschung in ein internationales Netzwerk von Radioaktivisten bzw. Kernforschern eingebunden und agierte an einem Knotenpunkt des Netzwerkes, das mit der NS-Diktatur zum Erliegen kam. Der vorliegende Beitrag setzt sich mit den Versuchen Österreichs auseinander, nach Kriegsende wieder Anschluss an die internationale Spitzenforschung zu finden.

Zunächst bemühten sich die Akteure die alten wissenschaftlichen Netzwerke wieder zu beleben. Ein wesentliches Element hierzu war die Internationale Radiumstandard Kommission, die nach Kriegsende den österreichischen Forschern als erster Ansatz diente. Bemerkenswert ist, dass sich in den österreichischen Forschungsprogrammen nach 1945 keine durch Verbote bedingten Brüche feststellen lassen, ebenso wie Demontagen der Alliierten eher gering blieben. Bereits früh zeichnet sich ab, dass Österreich nur im internationalen Verbund wieder Anschluss an die Spitzenforschung finden kann. Dies wird deutlich am Bemühen der WissenschaftlerInnen um den Beitritt Österreichs zum CERN, der aus finanziellen Problemen erst 1958 erfolgen konnte. Dabei spielen Standort-Argumente, die Gefahr weiter ins Hintertreffen zu geraten eine zentrale Rolle in der Positionierung der Wissenschaftler gegenüber der Politik. Diese Argumentationsmuster zeigten sich auch beim Bau der ersten Forschungsreaktoren in Österreich: Immer wieder wurden in der Diskussion Vergleiche zu den anderen westeuropäischen Staaten gezogen und es wird auf die Notwendigkeit, das europäische Niveau zu halten, verwiesen. Der Beitrag betrachtet die österreichische Kernphysik nach 1945 aus der Perspektive der WissenschaftlerInnen und macht deutlich wie Wissenschaftler versuchten im gesellschaftlichen und politischen Diskurs staatliche Ressourcen für ihre Forschung zu mobilisieren.

Roland Wittje, Regensburg

Reaktor contra Beschleuniger.

Kernphysikalische Großforschungseinrichtungen im Nachkriegsnorwegen

Als Vertreter des neu gegründeten militärischen Forschungsinstituts Norwegens 1946 fünf Millionen Kronen für den Bau eines Kernreaktors für Forschungszwecke beantragten, wurde das Projekt in einem offenen Brief an das Bildungsministerium stark angegriffen. Die Verfasser des Briefes waren drei Kernphysiker an der Technischen Hochschule in Trondheim und der Universität Oslo. Wie kamen gerade Kernphysiker dazu, die Einrichtung einer kernphysikalischen Forschungsanlage öffentlich zu attackieren?

Die Kritiker waren einig mit den Initiatoren des Reaktorprojektes, dass die wissenschaftlichen Einrichtungen Norwegens nach dem Krieg großflächig ausgebaut werden mussten, und dass die kernphysikalische Forschung dabei eine zentrale Rolle spielen sollte. Sie vertraten jedoch eine fundamental unterschiedliche Position dazu, wie dieser Ausbau strukturiert, organisiert und ausgerichtet werden sollte. Statt eines zentralen Forschungsreaktors unter Regie des Militärs forcierten die Kritiker Beschleunigerlaboratorien an den Universitäten und der Technischen Hochschule. Dem Argument, der Forschungsreaktor wäre ein erster Schritt zur friedlichen Nutzung der Kernenergie stellten sie entgegen, dass der Atomstrom angesichts der Potentiale für den Ausbau der Wasserkraft in Norwegen ökonomisch nicht sinnvoll wäre. Ungeachtet des Protestes der Kernphysiker wurde das Reaktorprojekt mit breiter Zustimmung von der norwegischen Regierung und ohne Proteste aus der Bevölkerung abgesegnet. 1951 ging der Reaktor als norwegisch-niederländisches Kooperationsprojekt in Betrieb und wurde von seinen Erbauern als erster frei zugänglicher Forschungsreaktor außerhalb der Monopole der Supermächte gefeiert. Die Kernphysiker hielten weiterhin daran fest, den Bau von Kernreaktoren in Norwegen als forschungsstrategisch und ökonomisch unsinnig zu kritisieren. In der politischen Landschaft Norwegens fanden sie damit in den 1950er Jahren kein Gehör, zeigte der selbstständige Bau und Betrieb von Kernreaktoren doch dass

Norwegen im Atomzeitalter angekommen sei. Eine breitere öffentliche Kritik am Ausbau der Kernenergie formierte sich in Norwegen, wie in anderen Europäischen Ländern, erst in späteren Jahrzehnten.

Albert Presas i Puig, Berlin

Nuclear Energy for Franco's Spain

The history of Spain's reception of nuclear energy is a rich story of technocracy, military, and imperialist ambitions, Cold War relations, secret services, and utopian thinking. The efforts of General Franco's dictatorship, which led to the establishment of the Nuclear Energy Board (Junta de Energía Nuclear – JEN) in 1951, can be construed as a project of modernization. That project was shaped and its outcome determined by the peculiar features of the Fascist regime, and by Spain's geopolitical position as a Western country on the European periphery during the intrigues of the Cold War. Following its victory in the Civil War (1936–1939), Franco's Spain set about endorsing an image of modernity based on two principal concepts. The first embraced the acceptance of modernist theories of autarchy and militarism. The second incorporated an effort to be associated with the most important developments in modern science. To rescue a country impoverished by war, the Franco regime dreamt of acquiring an inexhaustible source of energy capable of speeding Spain's industrialization and national development. Although internationally isolated, Franco also wished for Spain to sit at the same table as the major world powers. The regime's imperialist ambitions were promoted by a new generation of technological specialists. By the 1950s, all these elements coalesced into what became a project of nuclear development, which, despite the odds, helped to create the foundations of 'big science' in Spain. Together with the Higher Council for Scientific Research (Consejo Superior de Investigaciones Científicas – CSIC, founded in 1939) and the National Institute for Aeronautical Research Instituto Nacional de Técnicas Aeronáuticas – INTA – founded in 1942), JEN became the stage for the enactment of Spain's technological ambitions. In this effort, the Spanish authorities had the help of foreign scientists, especially Germans. To date, the literature on this topic has neglected the political and economic context of the reception and development of nuclear energy in Franco's Spain.² The analysis of this context is the subject of my contribution.

Jahnvi Phalkey, München

Science, State Formation, and Development

The Organisation of Nuclear Research in India, 1938-1959

The paper deals with the establishment of nuclear physics as a research field in India. It follows this story through the trajectories of particle accelerator building activities at three institutions: the Department of Physics, Indian Institute of Science, Bangalore, the Palit Laboratory of Physics, University Science College, Calcutta, later (Saha) Institute of Nuclear Physics, and the Tata Institute of Fundamental Research, Bombay. It will be argued that the beginnings of nuclear research in India were rooted in the "modernist imperative" of the research field. However, post-war organisation of nuclear research came to be inextricably imbricated in processes of state-formation in independent India in a manner such that failure to actively engage with the bureaucratic state implied death of a laboratory project or constraints upon legitimately possible research. Second, state-formation, like the pursuit of nuclear research in India for the period of the study, became about India's participation and claim upon the universal. State-formation was equally a modernist imperative. Powerful sections of the nationalist bourgeoisie in India understood "Science" and the "State" as universals in World History, and India, they were convinced, had to confirm its place in history as an equal among equals. These two arguments combined explain how nuclear research came to be established, transformed, and extended through the gradual assembly of

material infrastructure to realistically enable the new country take a capable decision on the nuclear question.

Kurzfassungen der Referate in den Fachsitzungen

Erste Fachsitzung

Leitung: *Andreas Fickers, Maastricht*

Heinrich Hartmann, Berlin

Soldaten in den Tropen, Soldaten aus den Tropen.

Neudefinitionen der Wehrkraft im kolonialen Kontext zwischen 1890 und 1914

Die Ambitionen auf koloniale Hegemonie stellten die europäischen Militärmächte um die Jahrhundertwende vor neue Herausforderungen. Die Armeen hatten durch den Einsatz in den Kolonien sowohl mengenmäßig, als auch in der Art und Weise ihres Einsatzes neue Probleme zu bewältigen. Die militärische Stärke definierte sich nicht nur durch die Größe der entsendeten Heereskorps, sondern auch durch deren Anpassungsfähigkeit an die unterschiedlichen geografischen, klimatischen und kulturellen Umgebungen ihres Einsatzes. Die bisherigen militärischen Tauglichkeitskriterien wurden vor dem Hintergrund kolonialer Erfahrungen in Frage gestellt. Gerade Militärärzte begannen darüber zu debattieren, welchen Kriterien Soldaten für einen möglichen Tropeneinsatz genügen müssten. Auch in der direkten Konfrontation mit den kolonisierten Völkern wurde die postulierte Überlegenheit des europäischen Soldaten über die Indigenen relativiert (Streets 2004). Diese Erosion des bislang positiv verwendeten militärischen Tauglichkeitsbegriffes konvergierte darüber hinaus mit anhaltenden Debatten um die statistische Erfassung der Wehrbevölkerungen und trug zum Krisenbewusstsein in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung bei. Der „Soldat in den Kolonien“ wurde zum eigenständigen wissenschaftlichen Untersuchungsobjekt, für das es neue Untersuchungskriterien zu finden galt. Diese Herausforderungen führten zu neuen Kategorien, welche die Konstruktion der europäischen Wehrbevölkerungen, aber auch der Grundannahmen demografischer Wissenschaft nachhaltig beeinflusste, im deutschen Fall weit über den kurzen kolonialen Zeitraum hinaus.

Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Debatten vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg stellt der Beitrag die wechselseitigen Einflüsse zwischen demografischer Forschung und der militärischen „Tropenmedizin“ dar. Zahlreiche wissenschaftliche Organe wie das „Archiv für Schiffs- und Tropenhygiene“ publizierten zu Problemen der Wehrtauglichkeit in den Kolonien. Gerade diese Zeitschrift nahm dabei schnell eine auch international federführende Stellung für Fragen der Tropenmedizin ein. Sie behielt diese Rolle auch lange nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft 1918 und verweist somit auf die Kontinuitäten deutschen kolonialen Denkens nach dem Ende der Kolonialphase.

Die koloniale Perspektive auf demografische Fragestellungen bietet auch die Möglichkeit, transnationale Bezüge neu zu denken. Die hohe Kommunikationsdichte zwischen den europäischen Ländern in Bezug auf Fragen der Hygiene und Demografie verstärkte sich im Bereich der Tropenmedizin. Auffällig sind allerdings die unterschiedlichen Vorzeichen, unter denen die Fragen der Wehrkraft in den Kolonien verhandelt wurden. In dieser Hinsicht wird der Beitrag in erster Linie sozialgeschichtliche Perspektiven auf die kolonialen Praktiken mit einem stärker kulturwissenschaftlich inspirierten Ansatz zur Wissens- und Wissenschaftsgeschichte zusammen denken und somit die Kolonien für beide Länder nicht bloß als Experimentierfelder, sondern auch als nachhaltig wirkende epistemische Paradigmen für die Definition wissenschaftlicher Kategorien betrachten.

Kathrin Fritsch und Isabel Voigt, Leipzig
„Local knowledge is wonderfully good, but ...“
Afrikanisches Wissen in europäischen Karten

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatten die europäischen Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt. Folgt man dem Mainstream der zeitgenössischen Literatur, so erscheint der Europäer als Überbringer der Zivilisation, des wahren Glaubens und des Fortschritts, der Aberglauben, Wildheit und Unzivilisiertheit beseitigte. Dabei wurden die Menschen und Kulturen in den zu „entdeckenden“ und zu „erobernden“ Gebieten lediglich als Objekte gesehen, denen oftmals rückständige oder exotische Eigenschaften zugeschrieben wurden. Auch am Beispiel der Kartographie des afrikanischen Kontinents wird dies deutlich. Obwohl die europäischen Reisenden, Missionare und Forscher auf die geographischen Kenntnisse und Auskünfte der indigenen Bevölkerung angewiesen waren, wurde diese Abhängigkeit der Europäer weitgehend negiert. In den Reiseberichten und Karten fanden die afrikanischen Autoritäten nur am Rande Erwähnung. Oftmals wurden Missverständnisse, die aus unterschiedlichen geographischen Vorstellungen, Sprachproblemen etc. resultierten, dem angeblich beschränkten Auffassungsvermögen der Afrikaner zugeschrieben.

Trotz des westlichen Imperialismus fand afrikanisches geographisches Wissen Eingang in europäische Karten. Nicht nur indigene Landschafts- und Ortsbezeichnungen, sondern auch die Topologie indigener Karten beeinflussten das europäische Kartenbild. Unser Forschungsprojekt setzt genau an dieser Schnittstelle zwischen indigenem Wissen und europäischer Expertise an. Welche Aspekte indigener Raumvorstellungen wurden übernommen? Wie und wo genau manifestiert sich afrikanisches Wissen in europäischen (Karten-)Werken? Wie gestaltete sich der Wissenstransfer? Wer waren die Akteure? Inwieweit beeinflussten die unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründe bzw. persönlichen Interessen diesen Wissenstransfer? Bisher spielten diese Überlegungen in der wissenschaftshistorischen Forschung kaum eine Rolle.

Anhand von ausgewählten Reiseberichten deutschsprachiger Forscher und Missionare sollen diese Austauschprozesse aufgezeigt werden. Innerhalb des Referates werden einige Beispiele aus der Geschichte der Afrikaforschung präsentiert: Der bekannte Leipziger Geograph Hans Meyer, der „Erstbesteiger“ des Kilimanjaro, war auf die Führung durch ortskundige Massai angewiesen, deren Auskünfte auch kartographisch Niederschlag fanden. Der Ethnologe Karl Weule wiederum, unter dessen Leitung das Leipziger Völkerkundemuseum zu internationalem Ansehen gelangte, brachte von seiner Forschungsreise nach Deutsch-Ostafrika (1906/07) mehrere von Afrikanern gezeichnete Karten mit. Aber auch auf afrikanischer Seite fanden europäische Ideen Umsetzung, wie das Beispiel König Njoyas aus Kamerun zeigt, der sein Reich Bamum nach europäischem Vorbild kartieren ließ.

Manuela Bauche, Leipzig
Die Kolonie in der Metropole.

Malariabekämpfung in Ostfriesland & Ostafrika, ca. 1900-1920

Unverständlich, ungebildet und unkooperativ – mit diesen Stereotypen behafteten deutsche Ärzte um 1900 nicht allein kolonisierte Bevölkerungen: Während Mediziner in Deutsch-Ostafrika beklagten, Krankenschwestern müssten bis in die letzten Schlupfwinkel der Städte kriechen, um derer habhaft zu werden, die durch Verabreichung von Chinin gegen Malaria geschützt werden sollten, wurden ihre Kollegen in Ostfriesland, als „Mückendoktoren“ verspottet, wenn sie Häuser auf Malariaüberträger inspizierten.

Mein Vortrag ruft in Erinnerung, dass medizinische Malariabekämpfung, zur selben Zeit als sie in Kolonien stattfand, auch eine metropolitane Dimension hatte. Zwei Programme zur Malariabekämpfung stehen im Mittelpunkt des Referats: jene Maßnahmen, die in den ostafrikanischen Küstenstädten Dar es Salaam und Tanga ab 1901 von deutschen Kolonialärzten initiiert wurden; sowie die im selben Jahr vom Berliner Institut für

Infektionskrankheiten eingeleiteten Versuche, dem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vermehrten Aufkommen von Malariafällen in Ostfriesland entgegenzutreten.

Der Vortrag arbeitet heraus, dass beide Kontexte Parallelen in medizinischen Praxen und Diskursen aufweisen: In beiden Regionen arbeiteten Ärzte in ihnen fremden Kontexten, sahen sich mit sprachlichen Schwierigkeiten, Misstrauen und Widerstand der lokalen Bevölkerung konfrontiert; sie waren auf Mittelspersonen („Intermediäre“) angewiesen, um Informationen einzuholen und medizinische Maßnahmen durchzuführen; ihre Behandlungspraxis sowie ihre Beschreibungen waren in Deutschland und in Afrika von ähnlichen Dichotomien geprägt: von dem Gegensatz zwischen als Zentrum und als Peripherie definierten Räumen (Stadt/Land; Preußen/Ostfriesland; Deutschland/Afrika;), von dem Gegensatz zwischen als Experten und als Laien definierten Personengruppen; von der Dichotomie „zivilisiert“/„unzivilisiert“. In beiden Kontexten spiegelten sich in diesen Beschreibungen Ideen von Klasse, „Rasse“ und Bildung.

Indem das Referat solche Gemeinsamkeiten hervorhebt, greift es die Mahnung neuerer Kolonialismusforschungen auf, Charakterisierungen wie „kolonial“ bzw. „metropolitan“ kritisch auf ihre genaue Bedeutung zu untersuchen, anstatt sie vorschnell anzuwenden (Cooper & Stoler 1997). Meine Fallstudie führt vor, dass Konstellationen und Diskurse, die mit solchen Labels versehen werden, häufig umfassendere Entwicklungen und Strukturen verbergen, die sich sowohl in der Metropole als auch in der Kolonie finden lassen: im vorliegenden Fall einen grenzüberschreitenden Prozess der Medikalisierung, das Bemühen einer neuen Gruppe von Experten, gegenüber Laien sowie gegenüber konkurrierenden Autoritäten Legitimation zu erlangen, sowie Versuche der Ausweitung zentralisierter Staatsgewalt auf periphere Gebiete.

Der Kolonialhistoriker David Arnold argumentiert, dass Medizin – insbesondere in ihrer professionalisierten Form, als *Biomedizin* – stets und über die Grenze von Metropole und Kolonie hinweg in einem Prozess der Kolonialisierung begriffen ist (Arnold 1993: 9-10). Wenn wir diese Annahme akzeptieren, müssen wir auch Ausschau halten nach der Kolonie in der Metropole.

Christian Reiß, Berlin

Von der kolonialen Kuriosität zum Laborstandard: der Weg des mexikanischen Axolotls von der ‚Natur‘ in die ‚Kultur‘

Die Geschichtsschreibung der Modellorganismen in den Lebenswissenschaften konzentrierte sich bisher fast ausschließlich auf das 20. Jahrhundert, einer Zeit, als das Labor als neuer Ort lebenswissenschaftlicher Forschung bereits etabliert war. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Laborrevolution in den Lebenswissenschaften gerade im Entstehen war, war die Wege, auf denen Organismen ins Labor kamen noch vielfältiger und entstammten oft der Praxis der Naturgeschichte. Ein Beispiel hierfür ist der mexikanische Molch Axolotl (*Ambystoma mexicanum*).

Als die ersten lebenden Exemplare dieses Tiers in den 1860er Jahren im Zuge einer französischen Militärexpedition von Mexiko nach Paris gebracht wurden, geschah dies noch aus naturhistorischer Neugier an dieser neuweltlichen Kuriosität. Im Laufe der Zeit und aufgrund seiner bemerkenswerten Eigenschaften, entwickelte sich der Axolotl zu einem immer populärerem Labortier in Physiologie, Entwicklungs- und Evolutionsbiologie, dessen „wissenschaftliche Karriere“ bis heute andauert. Einen nicht zu unterschätzenden Anteil hieran hatte, vor allem in der Anfangszeit, auch die gerade entstehende Aquarianerbewegung. Aber der Axolotl war nicht irgendein Tier aus Mexiko. Die kulturelle Bedeutung, die der Axolotl schon in der indigene Kultur Mexikos besaß, wurde ab dem Ende des 19. Jahrhunderts nationalistisch aufgeladen und es wurden, als der Axolotl in Europa zu Berühmtheit gekommen war, versucht, die wissenschaftliche und kulturelle Interpretationshoheit über das Tier zurückzuerlangen.

Die Geschichte des Axolotl zeigt, wie die koloniale Vergangenheit eines Modellorganismus im Verlauf seiner Integration in die Laborbiologie sichtbar bleibt und auch heute noch in dem Umstand nachwirkt, dass nur noch wenige hundert Exemplare in der Kanalisation Mexico Citys leben, während hunderttausende Tiere Zoos, Labore und Hobbyaquarien auf der ganzen Welt bevölkern. In der Diskussion zwischen europäischen und mexikanischen Wissenschaftlern über das Tier wird nicht nur der Übergang von der Naturgeschichte zur Experimentalbiologie deutlich, sondern auch die Asymmetrie zwischen kolonialer und ehemals kolonisierter Wissenschaft.

Zweite Fachsitzung

Leitung: *Karin Stukenbrock, Magdeburg*

Bruno Arich-Gerz, Darmstadt

Fokalisierungen kolonialer Vergangenheit.

Erzählperspektivische und quellenkritische Anmerkungen zu westlichen Narrativen über Namibia von 1906 bis heute

Die Frage nach demjenigen, der „sieht“ (who sees?) und demjenigen, der „spricht“ (who speaks?) und in der Regel das Gesehene Erlebte bewertet, macht einen der ersten Schritte bei Bestandsaufnahmen in narratologischen Untersuchungen von fiktionalen Erzähltexten aus. Derjenige, der die Ereignisse erlebt (hat), muss dabei nicht immer identisch sein mit demjenigen, der in der Erzählung spricht und von ihnen berichtet: Der Flussschiffskapitän Marlow figuriert zwar als Erzähler in Joseph Conrads *Heart of Darkness* (1902), hat aber vieles von dem, was er wiedergibt, nicht selbst miterlebt und berichtet entsprechend aus zweiter Hand von dem ambivalenten Gebaren, das der Elfenbein-Händler Kurtz im kongolesischen Dschungel an den Tag zu legen pflegt(e). Gleiches gilt für die Verwendung von historischen Dokumenten, die in fiktionalen Erzählungen eingewoben werden, um auf der Basis solcher Quellen und aus späterer Perspektive ein früheres, koloniales Geschehen zu schildern oder „ex post“ zu bewerten: Auch hier unterscheidet sich derjenige, der „sieht,“ erlebt und das Gesehene niederlegt und dokumentiert (hat), von der Instanz des Autors, der es – oftmals Jahrzehnte später und unter postkolonialen Zeichen stehend – literarisch arrangiert und letztlich „spricht“.

In der Literatur zu und über die ehemalige Kolonie Deutsch-Südwest sind es zunächst Angehörige der kaiserdeutschen Schutztruppe, sodann bemerkenswert oft Veterinäre, Diplomatographen oder Elektrotechniker, die aus entsprechend fokalisierten Perspektiven solche Schilderungen vornehmen. Gleichzeitig sind es Gustav Frenssen (1906), Thomas Pynchon (1961), Uwe Timm (1978) oder Gerhard Seyfried (2003), die als Autoren durch diese Zentralfiguren „sehen,“ um ihrerseits zu „sprechen.“ Dabei fällt auf, dass im Unterschied zu Frenssens durch einen Schutztruppenangehörigen fokalierten „Kolonialismusschinken“ (Hillebrecht) in den späteren, postkolonial-imperialismuskritischen Erzählungen nicht mehr fiktive Soldaten, sondern Mediziner oder Ingenieure das Geschehen erleben und schildern, die – entsprechend fingiert – entweder *flankiert von* oder *in Opposition zu* historischen Quellen zu einer kritischen Reflexion auf das Erlebte und der Rolle der Kolonialmacht fähig sind, in deren Namen und Auftrag sie vor Ort agieren. Abgesehen vom Beispiel Frenssens, der seinerseits kolonialismuspolemisch auftritt und sich auf die mündliche Zeugenschaft eines Generaloberarztes beruft, sind dies u.a. die Tagebücher von Victor Franke (Hauptmann, später Kommandeur der Schutztruppe und schließlich Generalmajor) und die Angaben in *Großer Generalstab (Kriegsgeschichtliche Abteilung I)* von 1906.

Tilman Walter, Würzburg

Wahrnehmungen des Fremden bei Leonhard Rauwolf (um 1540-1596)

Handelsstädte wie Augsburg standen seit dem Mittelalter in Kontakt mit fernen Ländern. Dies war eine der Voraussetzungen, dass der Augsburger Arzt Leonhard Rauwolf 1573 bis 1576 eine Reise in den Nahen Osten antrat: Nachdem er wie viele angehende Mediziner als Student Frankreich und Italien bereist hatte, hatten Schilderungen von Kaufleuten sein Fernweh weiter verstärkt; ohne ihr reisetechnisches Know how wäre er vermutlich auch nie erfolgreich in so abgelegene Weltgegenden und unbeschadet wieder zurück gelangt.

Rauwolfs *Eigentliche Beschreibung der Reiß [...] inn die Morgenländer* (Lauingen 1583) soll in meinem Vortrag zur Grundlage genommen werden, seine Erfahrung / Darstellung des Fremden näher in Augenschein zu nehmen: Wissenschaftlichen Charakter tragen am ehesten die botanischen Beschreibungen. Im Sinne eines kritischen Humanismus, wie er nach Vesal in der Medizin maßgeblich geworden war, bemühte sich Rauwolf, die Angaben antiker *medici* zu verifizieren und die Pflanzen nach eigener Anschauung neu zu beschreiben. Auch wird zu fragen sein, inwieweit sich für ihn fremde Pflanzen in das therapeutische Schema der Säftemedizin, das klimatische Hitze und Kälte als relevante Größen mit einschloss, einfügen ließen.

Obwohl das späte 16. Jahrhundert für den Beginn der kolonialen Expansion des Westens steht, war die europäische Erfahrung des Fremden eher von der „Türkengefahr“ bestimmt. Dazu möchte ich mich mit Rauwolfs Wahrnehmung der aus maurischen Gebieten und der osmanischen Welt stammenden „Ungläubigen“ beschäftigen. Obwohl Papisten, Heiden und „Türken“ in der geistigen Welt eines Protestanten gemeinsam für Agenten Satans standen, wirkt sein Urteil doch einigermaßen um religiöse Neutralität bemüht. Es fehlt die religionspolitische Hochspannung, die zu der Zeit typisch für Aussagen von orthodoxen Protestanten über Katholiken ist – die soziale Welt, aus der Rauwolf stammte, war eher vom *Konfessionalismus* als vom Kolonialismus geprägt. Während der Arzt, anders als einige seiner kaufmännischen Reisegefährten, die Begegnung mit Muslimen zwar „nicht ohne geringe mühe und große gefahr“, aber insgesamt unbeschadet hinter sich brachte, betrafen ihn später die konfessionellen Auseinandersetzungen schwerer und existentieller: Wegen seines religiösen Standpunkts, der ihn veranlasste, gegen die Einführung des Gregorianischen Kalenders in seiner Heimatstadt zu protestieren, verlor er 1588 seine berufliche Existenz als Stadtarzt.

Anja Laukötter, Berlin

Völkerkundemuseen und die Wissenschaften der Völkerkunde und Anthropologie in der kolonialen Welt

Völkerkundemuseen entstehen in der Mitte des 19. Jahrhunderts und gewinnen mit der deutschen Kolonialzeit sukzessiv an Bedeutung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind sie bereits fester Bestandteil im Zentrum deutscher Großstädte. Der Etablierungsprozess der Institution des Völkerkundemuseums ist dabei eng verbunden mit dem der Wissenschaften der Völkerkunde und der der Anthropologie. Durch diese disziplinäre Referenz fungieren die Museen als Orte der Wissenschaft, die den präsentierten Ausstellungen eine besondere Authentizität verleihen. Die koloniale Welt ist in diesem Zusammenhang nicht nur Lieferant für potentielle Ausstellungsstücke, sondern zugleich Experimentierfeld für eine zunehmend anthropologisch orientierten Praxis. Hier lassen sich Skelette und Knochen ohne großen Widerstand sammeln, hier sind anthropologische Vermessungstechniken leicht durchdeklinierbar. Voraussetzungen für diese Aneignungspraktiken war zum einen ein asymmetrisches Verhältnis der Sammler bzw. Forscher zu den Erforschten, welches durch ein hegemoniales Selbstverständnis markiert war, zum anderen ein Rechtsraum, wie der des hierarchisch strukturierten Kolonialgebietes, der solche Praktiken ermöglichte. Damit legitimierten sich die Völkerkundemuseen und der Kolonialismus gegenseitig.

Der Beitrag versucht, diese Prozesse am Beispiel einzelner deutscher Völkerkundemuseen nachzuzeichnen und zu interpretieren.

Dominik Collet, Göttingen

Die Erfindung ‚indianischen‘ Wissens in den Museen der Frühen Neuzeit

Exotische Heilmittel gehörten zu den beliebtesten Exponaten frühneuzeitlicher Museen. Tabak, Rhinozeroshörner oder Chinarinde wurden als hochwirksame Medizinalien inszeniert, ausgestellt und bewundert. Der hohe Anteil exotischer *materia medica* in den ‚Kunstkammern‘ des 16. und 17. Jahrhunderts ging nicht zuletzt auf die zahlreichen Ärzte unter den Sammlern zurück. Viele von ihnen nutzten ihre Sammlungen gleichzeitig als Museum und als Apotheke.

Ab den 1660er Jahren versuchten auch die Fellows der Londoner Royal Society in ihrem Museum eine umfassende Sammlung ‚nützlicher‘ exotischer Pflanzen und Tiere anzulegen. Ihr Ziel war die systematische Aneignung des medizinischen Wissens der Außereuropäer. Dafür nutzten sie die weltweiten Netzwerke der Handelskompanien und der Kolonialverwaltung.

Der erhoffte transnationale Informationsaustausch zwischen ‚Indianern‘ und europäischen Forschern gestaltete sich allerdings schwierig. Nicht nur die Kommunikation über große geographische und soziale Räume hinweg bereitete Probleme. Auch die Eigeninteressen der multiethnischen kolonialen Gesellschaften führten zu Spannungen. Die größte Herausforderung stellte aber nicht die räumliche Distanz dar. Sie lag in der Eigendynamik des Museums und seiner Widerständigkeit gegen eine Inanspruchnahme durch die ‚neuen‘ Wissenschaften.

Dritte Fachsitzung

Leitung: *Noyan Dinçkal, Darmstadt*

Rainer Brömer, Mainz

Nationale Identität und arabischer Sozialdarwinismus im Osmanischen Reich im 19. Jahrhundert

Mit den Begriffen „Kolonialismus“ und „Imperialismus“ werden fast ausschließlich westliche Mächte belegt, die Gebiete auf anderen Kontinenten (oder am Rande des eigenen) in Abhängigkeit gebracht und/oder besiedelt haben. Dabei finden sich imperiale Herrschaftsstrukturen in der Geschichte fast aller Kontinente und spielen noch heute eine wichtige Rolle, von der chinesischen Siedlerkolonie Tibet („Teil des Mutterlandes“ wie das französische Algerien bis 1962) bis zu den Überresten des englischen Kolonialismus in Nordirland.

Im Osmanischen Reich kam es, nicht zuletzt unter dem Einfluss französischer Nationalromantik der Revolution von 1789, zur Herausbildung eines Bewusstseins von kolonialer „Unterdrückung“ insbesondere in den Arabisch sprechenden Provinzen, bis hin zu den „Araberaufständen“ gegen die mit den Achsenmächten verbündeten Osmanen im I. Weltkrieg.

Diese Konstellation war auch zentral für die Entwicklung des Wissenschaftsverständnisses unter Arabern (Muslimen oder auch Christen) und Türken. In der Metropole Istanbul bestand seit jeher ein Interesse an den Kenntnissen und Fähigkeiten der Europäer, das bis auf Sultan Mehmet im fünfzehnten Jahrhundert zurückging, der sich als Nachfolger Alexanders des Großen verstand. So finden sich auch schon relativ früh Einflüsse keplerscher Astronomie und Vesal'scher Anatomie in türkischen Schriften. Die Entwicklung in den arabischen Provinzen scheint weniger synkretistisch, zumindest bis nach Napoleons Ägypten-Invasion 1798, die den Anstoß zu einer planmäßigen, selektiven Aneignung europäischen Wissens lieferte, um Mehmet Alis Ägypten gegen weitere europäische Interventionen zu wappnen.

Später war der Sozialdarwinismus Herbert Spencers insbesondere für arabische Christen attraktiv, die sich weder von den türkischsprachigen Eliten noch von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit repräsentiert fühlten. So kam es gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer äußerst delikaten Debatte über „arabische“ (nicht: „islamische“) und westliche Naturwissenschaften, Medizin und Technik in ihrer jeweiligen Rolle für eine Gesellschaft, in der auch die muslimische Mehrheit durchaus begonnen hatte, ein arabisches Nationalgefühl gegen die imperiale Macht des osmanischen Sultans zu entwickeln.

Dieser Beitrag analysiert die Entwicklung insbesondere der Lebenswissenschaften im Osmanischen Reich während des neunzehnten Jahrhunderts, einer Übergangsphase von relativ unangefochtener imperialer Herrschaft der Osmanen zur Auflösung des Reiches unter den Vorzeichen eines romantischen Nationalismus (mit Argumenten in Anlehnung an Spencers „survival of the fittest“), die bekanntlich zu neuen Abhängigkeiten führen sollte.

Jens Ruppenthal, Köln

Kolonialausbildung, Universitätsgeschichte, Imperial City: Das Hamburgische Kolonialinstitut 1908-1918

Als Bernhard Dernburg 1907 als Leiter der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt meinte, „Kolonisieren sei eine Wissenschaft und Technik wie jede andere“, erfasste er damit eine unter Politikern, Wissenschaftlern und anderen Teilnehmern am kolonialen Diskurs des frühen 20. Jahrhunderts vorherrschende Stimmung. Im Zuge der Forderung nach einer spezialisierten und wissenschaftlich fundierten Ausbildung der deutschen Kolonialbeamten eröffnete in Hamburg 1908 das Kolonialinstitut, an dem Disziplinen mit kolonialen Bezügen diverser Art – darunter Geographie, Afrikanistik, Nationalökonomie – sowohl kolonial orientierte Grundlagenforschung als auch die auf einem praxisnahen Curriculum beruhende Kolonialausbildung besorgen sollten. Dabei wurden Beispiele aus anderen europäischen Ländern berücksichtigt und im Reich bereits bestehende Institutionen in die Planungen einbezogen, wie das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg, oder als Konkurrenz ausgegrenzt, wie das Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin. Zum Entstehen des Kolonialinstituts trug in entscheidendem Maße bei, dass bestimmte Gruppen in Hamburg ihre Chance witterten, die wissenschaftliche Infrastruktur der Hansestadt endlich durch die Gründung einer eigenen Universität aufzuwerten. Im Projekt einer zentralen kolonialwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungseinrichtung waren somit kolonial- und stadthistorische sowie universitäts- und wissenschaftsgeschichtliche Elemente miteinander verknüpft. Dieser Vortrag soll die Diskussion um Aufgaben und Ziele des Kolonialinstituts nachvollziehen und dabei den Schwerpunkt auf die Perspektive der beteiligten Wissenschaftler legen.

Petra Svatek, Wien

„Wien als das Tor zum Südosten“ – Forschungen Wiener Wissenschaftler im Kontext der NS-Südostkolonisation unter besonderer Berücksichtigung der Raumforschung

Dieser Vortrag soll die These etwas näher erläutern, dass Wiener Wissenschaftler während der NS-Zeit mit ihren raumwissenschaftlichen Forschungen einige Beiträge zur Kolonisation Südosteuropas leisteten und sich damit auch in den Dienst der wirtschaftlichen Ausbeutung dieser Gebiete stellten. Vor allem die von Hugo Hassinger (1877-1952) geleitete Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung sowie die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft unter Wilfried Krallert (1912-1969) riefen einige Projekte ins Leben, mit denen neue Siedlungs- und Wirtschaftsräume erschlossen werden sollten. So waren zum Beispiel die im Zuge der Anfertigung einer Bodentypenkarte von der Hochschule für Bodenkultur gewonnenen Daten über die landwirtschaftlichen Anbauggebiete samt Kulturarten dazu bestimmt, für aktuelle Ernährungs- und Versorgungsfragen des Deutschen Reiches als Grundlage zu dienen.

Während des Vortrages sollen nach einem kurzen Überblick über die Wiener Institutionen, welche sich mit raumforschungsorientierten Projekten über Südosteuropa auseinandersetzen, vor allem die Fragen nach der interdisziplinären Ausrichtung bzw. dem Vorhandensein transnationaler Netzwerke sowie der Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik eine etwas nähere Aufarbeitung erfahren. Bei einigen Forschungsarbeiten ist nämlich schön ersichtlich, dass die Initiativen nicht immer von den NS-Politikern, sondern von den Wissenschaftlern selbst ausgegangen sind, so dass man von einer Indienstnahme der Wissenschaften durch die Politik nicht immer sprechen kann. Transnationale Netzwerke ergaben sich zum Beispiel bei den Bestandsaufnahmen deutscher Volksgruppen, deren Ergebnisse für eine spätere Formung deutschen Siedlungsgebietes und der Eruiierung neuer Rohstoff- und Agrargebiete Verwendung fanden. Diese Forschungen wurden zwar von Wiener Wissenschaftlern geplant und geleitet, ihre Ausführung besorgten aber vielfach diverse Mitarbeiter in den Südoststaaten selbst.

Oliver Hochadel, Bellaterra/Spanien

Weißer Mann auf Fossiliensafari.

Paläoanthropologie im postkolonialen Zeitalter

Die Paläoanthropologie war zunächst eine kolonialistische Wissenschaft wie jede andere: Funde fossiler Knochen aus dem heutigen Indonesien oder Ostafrika gingen in den Besitz europäischer Museen über, die Deutungshoheit über die menschliche Vorgeschichte lag allein bei Forschern aus dem Westen. Die Situation änderte sich als die afrikanischen Staaten unabhängig wurden. Dies war umso gravierender, als etwa zur selben Zeit, also in den 1960er Jahren, die Ära der großen, multidisziplinären und internationalen Expeditionen begann. Diese bestanden zunächst fast ausschließlich aus Westlern, während die einheimischen Schwarzen die Jobs des Fahrers, des Kochs und des Grabungshelfers übernahmen. Spannungen mit den Grabungsländern blieben nicht aus. 1977 hob Äthiopien alle Genehmigungen für Ausländer auf, womit die Forschungen für Jahre zum Erliegen kamen.

Farbige Paläoanthropologen selbst spielen in größerer Zahl erst ab den 1990er Jahren eine Rolle. Mittlerweile ist es für westliche Teams absolut unerlässlich, einheimische Forscher einzubinden, um überhaupt noch eine Genehmigung zu erhalten. Auch gehört es zum guten Ton, durch Brunnenbau oder die Errichtung eines Museums vor Ort „Entwicklungshilfe“ zu betreiben, gehören doch Länder wie Äthiopien oder Malawi zu den ärmsten der Welt.

Das extreme Ungleichgewicht an Ressourcen finanzieller, wissenschaftlicher und technologischer Art sorgt nach wie vor für Spannungen. Als im Herbst 2006 bekannt wurde, dass Äthiopiens Kronjuwelen, die Fossilien der berühmten Lucy, eine mehrjährige Tour durch US-amerikanische Museen antreten sollten, hagelte es Proteste. Während die Besucher des Nationalmuseums in Addis Abeba lediglich Abgüsse zu sehen bekommen, können sich die reichen US-Museen das Original offensichtlich „kaufen“.

Der Vortrag möchte ausloten, inwiefern diese konflikträchtige postkoloniale Situation und die Wissensproduktion sich gegenseitig beeinflussen. So pochten etwa die Vertreter der Out-of-Africa-Theorie in der Auseinandersetzung um die Entstehung des modernen Menschen gegenüber den Proponenten der Multi-Regional-Theory immer auch auf die „politische Korrektheit“ ihrer eigenen Theorie. „Wir alle“ kommen aus Afrika, welche bessere Theorie könne es gegen den Rassismus geben?

Als Quellen dienen u.a. populärwissenschaftliche Bücher und Artikel inklusive ihrer Bildsprache sowie Interviews mit Paläoanthropologen aus Europa, den USA und Afrika.

Vierte Fachsitzung

Leitung: *Michael Stolberg, Würzburg*

Reinaldo G. Bechler, Würzburg

Colônia Santa Isabel:

Ein brasilianischer Weg in der Leprabekämpfung im frühen 20. Jahrhundert.

Lange Zeit weitgehend in Vergessenheit geraten, erlangte die Lepra um 1900 erneut zentrale gesundheitspolitische Bedeutung. Das lag zum einen an neuen Leprafällen in Europa und zum anderen an der Verbreitung der Lepra in den Kolonien und Schutzgebieten. Da die Krankheit nicht wirksam behandelt werden konnte, galt die lebenslange Isolierung der Kranken als die einzige Möglichkeit, die Ausbreitung der Krankheit wirksam zu bekämpfen. Die Unterbringung in Leprosorien war jedoch kostspielig und beinhaltete einen massiven Eingriff in die Rechte und die Freiheit der Betroffenen. Vor diesem Hintergrund entbrannte auf den internationalen Leprakonferenzen ein heftiger Streit über die bestmögliche Einrichtung von Leprosorien, in den mit Hansen und Koch führende Koryphäen der Zeit involviert waren.

Vor dem Hintergrund dieser Debatten, die ich derzeit im Rahmen eines Dissertationsprojekts untersuche, möchte ich am Beispiel der Colônia Santa Isabel, eines Leprosoriums in der Nähe von Belo Horizonte in brasilianisches Bundesland Minas Gerais, zeigen, wie man in der außereuropäischen „Peripherie“, vor Ort, in der Praxis, mit den gegensätzlichen Auffassungen der europäischen Koryphäen kreativ umzugehen wusste und wie man die Spielräume, die der wissenschaftlichen und politischen Disput eröffnete, nutzte um letztlich etwas Eigenes zu schaffen: eine Einrichtung, die mit staatlichen Mitteln finanziert wurde, aber zugleich auf die Arbeitskraft der Insassen zurückgriff, die die Kranken ihr Leben lang ihrer Freiheit beraubte, aber ihnen zugleich Annehmlichkeiten (Kinos, Theatern, Fußballplätze) bot, die viele von ihnen in der Freiheit hätten entbehren müssen.

Hiroyuki Isobe, Konstanz

Medizin und Kolonialgesellschaft: Die Schlafkrankheitsbekämpfung in den deutschen „Schutzgebieten“ vor dem Ersten Weltkrieg

In diesem Referat geht es um die Geschichte der Seuchenbekämpfung in den deutschen Kolonien Anfang des 20. Jahrhunderts. Die „Schlafkrankheit“ oder afrikanische Trypanosoma verbreitete sich seit der vorletzten Jahrhundertswende in fast allen Gebieten Afrikas außer Nord- und Südafrika, was die europäischen Kolonialmächte zu entschlossenen Gegenmaßnahmen zwang. Zum Seuchengebiet gehörten vor allem die deutschen Kolonien Ostafrika, Togo und Kamerun.

Was die Gegenmaßnahmen angeht, standen den Kolonialmächten vor allem drei alternative Wege offen:

1. Durch Abholzung bzw. Sanierung der Tropenbüsche am Gewässer die Herd der Tsetsefliege zu beseitigen und folglich die Fliege zu vertilgen.
2. Die Umsiedlung der in den Seuchengebieten wohnenden Einheimischen in kontaminationsfreie Gegenden.
3. Die Zerstörung der Erreger im menschlichen Körper mit Hilfe von arsenartigen Medikamenten

Hier sollen vor allem die in den drei Kolonien Deutschlands ergriffenen Gegenmaßnahmen vorgestellt werden. Dabei wird deutlich, dass die jeweiligen Kolonialregierungen zwar in erster Linie die Auflösung des Schlafkrankheitsproblems durch die medikamentöse Behandlung versuchten, aber darauf wegen verschiedener Schwierigkeiten verzichten und durch die anderen alternativen Maßnahmen ersetzen mussten. In dieser Hinsicht muss die Gesellschaftssituation der jeweiligen Kolonie beachtet werden. Eine solche Untersuchung ermöglicht, die Unterschiede der in den drei Kolonien ergriffenen Maßnahmen

herauszuarbeiten und darüber hinaus die Geschichte der deutschen „Tropenmedizin“ nicht als autonomen, von der Kolonialgesellschaft unabhängigen Bereich zu betrachten, sondern als integralen Bestandteil einer „Sozialgeschichte der deutschen Kolonien“ zu behandeln.

Stella Lorenz, Berlin

Eugenische Debatten um die deutsche Migration nach Brasilien

Brasilien war das zweitwichtigste deutsche Auswanderungsland zur Zeit des deutschen Kolonialimperialismus. Debatten um die Lenkung der deutschen Auswanderungsströme waren, wie diejenigen um mögliche koloniale Expansionen, Teil imperialer Überlegungen. Gerade (Süd-) Brasilien gewann in diesen Debatten eine besondere Bedeutung: Während die Auswanderung nach Nordamerika aufgrund der schnellen Assimilation der Migrierten als Machtverlust für das Deutsche Reich gesehen wurde, sei die Emigration nach Brasilien wünschenswert. Durch die völkische Homogenität der deutschen Siedlungen in Südbrasilien, vermeintlich begünstigt durch die „großen Kultur- und Rasseunterschiede“ zum Rest der Gesellschaft, bliebe das *Deutschtum* der Migrierten erhalten. *Deutschtum* bezeichnete eine auf völkischen Prämissen basierende nationale Identität, welche die Bewahrung als „wesenhaft“ bezeichneter kultureller Praktiken implizierte. Lobten Kolonialpolitiker daher die ökonomische Bedeutung der Deutschen in Brasilien als „Pioniere des Exporthandels“, hob Rudolf Virchow 1885 in Debatten um die „Akklimationsfähigkeit“ die „rassische“ Bedeutung Südbrasilien für deutsche Expansionen hervor. In der Verschränkung völkischer und nationaler Vorstellungen idealisierten einige Wissenschaftler Brasilien gar als „Jungbrunnen der Nation“, indem sie in der Begegnung mit der unkultivierten Natur einen darwinistischen Daseinskampf sahen, durch welchen die Deutschen zu einem germanischen „Ursprung“ zurückfänden und sich so völkisch erneuerten.

Während deutsche Eugeniker die besondere Eignung Brasilien für die Ausweitung deutscher Interessen in der dort ermöglichten Endogamie sahen, widersprach diese den Intentionen brasilianischer Politiker. Auch sie verbanden mit der deutschen Transmigration eugenische Interessen. Um die Jahrhundertwende war die Vorstellung eines möglichen *Branqueamento* (Aufhellung/ Aufweißung) der aus der portugiesischen kolonialen Situation entstandenen multiethnischen Gesellschaft hegemonial. So warb die brasilianische Regierung seit der Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels verstärkt weiße Immigranten als Arbeitskräfte an. Ziel war das *Abrasileiramento*, die Assimilation und „rassische und kulturelle Vermischung“ der Migrierten, zur Bildung einer letztendlich weißen Nation nach europäischem Vorbild. Besonders Deutsche galten als „ethnische Koeffizienten erster Güte“. So stellte die Kombination von *Deutschtum* und *Branqueamento* in Brasilien ein konfliktgeladenes Paradox dar, indem aus dem gleichen „rassischen“ Ideal unterschiedliche Vorstellungen „rassischer Reinigung“ abgeleitet wurden.

Marcel Dreier, Basel

Missionsmedizin und Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Debatte um die „Afrikanisierung“ des ehemaligen Missionsspitals St. Francis in Ifakara/Tanzania innerhalb der schweizerischen Ärzteschaft (1961 - 1993)

In meinem Beitrag greife ich die Korrespondenz von Ärztinnen und Ärzten auf, die nach der Kolonialzeit mehrjährige Dienste in einem katholischen Spital im ruralen Tanzania (St. Francis Designated District Hospital, Ifakara) absolvierten. Obwohl das ehemalige Missionsspital rechtlich schon früh in die Hände der lokalen Kirche übergegangen war und bald einen festen Platz im System der staatlichen Gesundheitsdienste einnahm, war der Abschied der (ehemaligen) europäischen Ärzteschaft ein langsamer. Im Zuge der ?Entwicklungshilfe? und ?Entwicklungszusammenarbeit? wurde ein neuer Rahmen geschaffen, innerhalb dessen die Leitung des Spitals durch medizinisches Personal aus Europa bis in die 90er Jahre hinein stattfand. Damit verbunden entwickelte sich eine mehrjährige

Debatte über die ?Afrikanisierung/Tanzanisierung? des Spitals, die sich im wesentlichen um Fragen der ?angepassten Medizin? und der Förderung technischer Fähigkeiten des afrikanischen Personals (zur Führung des Spitals in medizinischer und administrativer Hinsicht) drehte und in der sich verschiedene Vorstellungen über den Weg zur „Entwicklung“ des ländlichen Tanzanias kreuzten. Anhand der Korrespondenz der Ärzteschaft (Rückmeldungen und Arbeitsberichte, Protokolle des Spital-Unterstützungsvereins, Evaluationsberichte durch technische und medizinische Experten) untersuche ich in diesem Beitrag, inwiefern sich das Selbstverständnis europäischer Ärzte weit über das Ende der Kolonial- und Missionsära auf den Charakter einer medizinischen Institution in Afrika auswirkte. Dabei will mein Beitrag nicht eigentlich das Ausmaß des Willens zum Erhalt bestehender Strukturen beschreiben, sondern ich frage, welche Handlungsspielräume geschaffen wurden angesichts zunehmenden Druckes, die in der späten Kolonialzeit geschaffenen Spitalstrukturen und medizinischen Angebote zu verändern. Dafür muss ich zuerst die Mechanismen und Ereignisse identifizieren, die diesen Druck (häufig: gezielt) erzeugten und die Ausdruck des Wandels im gesundheitspolitischen Umfeld des Spitals waren. Im Hauptteil der Untersuchung frage ich dann weniger nach dem Wortlaut der Debatte über die ?Afrikanisierung des St. Francis Hospitals?, sondern danach, inwiefern diese Debatte als Gefäß genutzt wurde, um Strategien und Ziele zu bestimmen sowie divergierende Ansprüche zu verhandeln und durchzusetzen.

Der Beitrag greift also die Frage auf, wie im Rahmen der „Afrikanisierungs“ - Debatte medizinische Angebote und die technologische/medizinische „Entwicklung“ des unabhängigen Tanzania von Akteuren aus der Schweiz (einstmals: „Missionsärzte“; nun: „Entwicklungshelfer“) konzipiert und wo möglich beeinflusst wurde. Dabei werde ich aufzeigen, wie im konkreten Fall des St. Francis Hospitals die Sorge, „Erreichtes“ zu verlieren, oder die Hoffnung, neue „angepasste“ Medizinsysteme zu schaffen, die Leistungsfähigkeit und das soziale Umfeld eines Spitals beeinflussten und die Beziehungen zwischen Europäern und Tanzaniern strukturierten.